



Ausblick nach der Hannover-Messe



Titelseite: Seit zehn Jahren ist unser Messehaus in Hannover das Zentrum der Ausstellungsstände unserer Werke und Gesellschaften. Neben dem diesjährigen Motto „Hoesch – ein Name für Stahl“ am Eingang eine Diesellokomotive von Orenstein-Koppel für die Bundesbahn



Rückseite: Ein Blick in die große Halle unseres Messehauses vom Informationsstand aus in Richtung auf den Eingang. Auf und neben den Podesten im Mittelgrund einige Proben aus der Produktion der Westfalenhütte und der weiterverarbeitenden Werke

In gespannter Erwartung richteten sich die Blicke der deutschen Stahlerzeuger und der weiterverarbeitenden Unternehmen auf die Industriemesse Hannover 1966. Belastet mit der Hypothek einer scheinbar rückläufigen Konjunktur klang denn auch aus vielen Reden, Gesprächen und Pressekonferenzen sehr deutlich die Frage, wie sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik entwickeln wird.

Ganz offensichtlich wächst die deutsche Wirtschaft langsamer als gewohnt. Betrug die reale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts im ersten Halbjahr 1965 noch 5 v. H., so verringerte sie sich im zweiten Halbjahr 1965 auf 4 v. H. und dürfte zur Zeit noch geringer sein.

Die konjunkturelle Lage unserer Wirtschaft hat sich in Übereinstimmung mit den wirtschaftspolitischen Zielen der Bundesregierung in den vergangenen Monaten entspannt. Von der Nachfrageseite her sind die Bedingungen für eine wesentliche Verlangsamung des Preisanstiegs zweifellos günstiger als vor einem Jahr. Der lebhaft ansteigende Lohnkosten bis zum Jahresende 1965 hat aber zusammen mit der Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts erschwert, daß der Wandel des konjunkturellen Klimas von einem Wandel der Preisauftriebenden begleitet wurde.

Anders als in den Vorjahren stiegen 1965 die Einkommen der Unternehmer weniger schnell als die Einkommen aus Lohn und Gehalt. Das hat zweifellos den das volle Marktrisiko tragenden und teilweise auf Selbstfinanzierung angewiesenen Unternehmer nicht gerade zu weiteren Investitionen ermutigt. Übergangen die Unternehmer in ihren Investitionsplänen diese Warnung, so trafen sie in ihrer Nachfrage nach Investitionskrediten auf hochgeschraubte Zinssätze der zentralen Notenbank, die ihre Investitionsanreize noch weiter minderten. Hier zeigt sich deutlich der Engpaß der derzeitigen Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder. Mehr denn je erwächst die Notwendigkeit einer beschränkten Ausgabenpolitik für eine gesunde „DM“.

Der Rückgang des Wachstums in den einzelnen Bereichen der deutschen Wirtschaft ist unterschiedlich. Das gilt auch für die der Stahlindustrie nachgelagerten eisenverarbeitenden Industrien, deren Auftrags- und Beschäftigungslage von Unternehmenszweig zu Unternehmenszweig schwanken. Besonders stark ist die Schrumpfung im Maschinenbau für die Investitionsgüterindustrie und im Baumaschinenbereich.

Die eisenverarbeitende Industrie steht ebenso wie die Stahlindustrie sowohl auf dem Weltmarkt als auch auf dem heimischen Markt in harter Konkurrenz zu ausländischen Produzenten, denen es bis zum Höhepunkt des Konjunkturaufschwungs 1964/1965 gelungen war, teilweise sehr massiv in den deutschen Markt einzudringen, und die nun versuchen, ihren Marktanteil in Zeiten einer rückläufigen Konjunktur durch Preiszugeständnisse zu halten.

Das Bild rundet sich aus der Sicht des Stahls durch einen Blick auf die Angebotsituation der deutschen Stahlindustrie. Verständlicherweise ist eine gesunde, preisgünstige Stahlbasis die Voraussetzung für eine leistungsfähige eisenverarbeitende Industrie. Rund 70 v. H. des deutschen Stahlexports werden indirekt in Form von Maschinen, Automobilen oder sonstigen Halb- und Fertigfabrikaten in das Ausland ausgeführt. Der scharfe Wettbewerb auf den Märkten der eisenverarbeitenden Industrien zwingt diese, alle Kostenvorteile wahrzunehmen.

Bei gleichen Startbedingungen im Montanbereich wird die deutsche Stahlindustrie den Wettbewerb sicherlich nicht fürchten. Diese Gleichstellung gerade auf dem Sektor der steuerlichen Belastung und der Energiekosten hat sich innerhalb der Montanunion noch nicht vollzogen. So genießt beispielsweise die französische Stahlindustrie bei ihrem Export in die Bundesrepublik erhebliche umsatzsteuerliche Vorteile. Hinzu kommt beim deutschen Stahl die kostensteigernde und wettbewerbsverzerrende Wirkung überhöhter deutscher Kohlepreise, während die Konkurrenz in den übrigen Montanländern teilweise auf die preiswertere amerikanische Kohle zurückgreift.

Ohne Lösung dieser Problemkreise bleibt die deutsche Stahlindustrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeengt. Während sie dazu aufgefordert bleibt, das Problem der Überkapazitäten aus eigener Kraft zu meistern, stellen gleiche Startbedingungen eine wirtschaftspolitische Aufgabe, deren Lösung von den Politikern erwartet werden muß.

Gerhard Elkmann

Inhalt

199	20 Jahre Hannover-Messe
204	10 Jahre Schmiedag-Raupen
207	PLATAL hilft der Post
210	Auch unter Tage: Keine Angst vor der Elektrizität
212	Menschen wie du und ich: Der Schweißer
214	Passiert – notiert – fotografiert
215	Wir wählen unseren sechsten Landtag
218	Zum 1. Mai 1966
220	7. Bundeskongreß des DGB in Berlin
224	50 Jahre bei uns
224	Krankengeld – ein wichtiges Urteil des Bundessozialgerichts
225	Vor 10 Jahren berichtete WERK UND WIR
225	Wir lasen für Sie
226	Arbeitsordnung – Grundlage reibungsloser Zusammenarbeit (6)
228	Sprechstunde für Gesunde: Freude und Gesundheit sind Geschwister
229	Jubilare
230	Fotowettbewerb

Unsere Werke und Gesellschaften

 Hoesch AG Bergbau Essen-Altenessen	 Hoesch Bergbautechnik GmbH Dortmund
 Hoesch AG Westfalenhütte Dortmund	 Hoesch Werk Federstahl Kassel
 Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg	 Hoesch Eisenhandel mbH Dortmund
 Hoesch AG Rohr- und Bauteilwerk Hamm	Hoesch Eisenhandel mbH Niederlassung Bremen
 Schmiedag Aktiengesellschaft Hagen i. Westf.	 Hoesch Reederei und Kohlenhandel GmbH Essen
 Maschinenfabrik Deutschland AG Dortmund	 Schiffswerft Gustavsburg GmbH
 Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft Wuppertal-Langerfeld, Trier	 Hoesch Düngerhandel GmbH Dortmund
 Döhner AG Letmathe	 Hoesch Export GmbH Dortmund
 Dörken Aktiengesellschaft Gevelsberg	Hoesch Export GmbH Oficina de Madrid
 Schwinn Aktiengesellschaft Homburg/Saar	 Hoesch Argentina S.A. Industrial y Comercial Buenos Aires
 Schwinn Sàrl Hénin-Liétard	 Hoesch Limited London
 Dittmann & Neuhaus AG Herbede-Ruhr	 Hoesch Italiana S.p.A. Mailand
 Rheinischer Vulkan, Chamotte- und Dinaswerke mbH Oberdollendorf a. Rhein	 American Hoesch Inc. New York
 Dortmunder Drahtseilwerke GmbH Dortmund	 Hoesch France Sàrl Paris
 Hoesch Hammerwerk Ruegenberg GmbH Olpe i. W.	Industriewerte AG Dortmund
 Dortmunder Plastik GmbH Dortmund	Gesamtbelegschaft 49000

WERK und WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft: Dr. jur. Harald Koch. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötling. Graphische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: dumont presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe BERGBAU, Seiten 57 bis 68: Josef Ganster. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötling. Graphische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon: 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: dumont presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe WESTFALEN-

HÜTTE, Seiten 153 bis 180: Walter Hölkeskamp. Redaktionsleitung: Johannes Holschen. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 123 0822 294. Druck: Westfalendruck, Dortmund.

Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen Quellenangabe und zwei Belegexemplare gestattet, ausgenommen die im Inhaltsverzeichnis mit  gezeichneten Berichte und die Beiträge auf dem Werkdruckblatt. WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Bildnachweis: Titel- und Rückseite: Manfred Kampmann, Dortmund. Farblinnenseiten: Manfred Kampmann und Erich Kreuzner, beide Dortmund. Schwarz-Weiß-Aufnahmen: Werner Barth, Dortmund; Joachim Diederichs, Berlin; Fernmeldeamt Hamburg; Fotoabteilung Hoesch AG; Fotostelle Westfalenhütte; Udo Hoffmann, Köln; Ingenieurschule für Bergwesen, Bochum; Foto Kühle, Hagen; laenderpress, Düsseldorf; Günter Pesch, Hamm; Karl-Helz Vogel, Dorsten, und Werk- und Privataufnahmen. Zeichnungen: Hans Geisen, Dortmund, und Ullrich Schramm, Feldafing.



20 Jahre Hannover- Messe

Auf sechs Plätzen Hoesch-Erzeugnisse
im „Schaufenster der Welt“

„Hannover kennt keine Messemüdigkeit“, so überschrieb eine Zeitung der niedersächsischen Hauptstadt ihren Bericht über die Eröffnung der diesjährigen Messe, die vom 30. April bis 8. Mai dauerte. Im Jubiläumsjahr zeigte die Internationale Leistungsschau der Industrie wahrlich keine Ermüdungserscheinungen: In den 20 Jahren, in denen sich die Hannover-Messe von der ersten „Export-Messe“, dem Impuls für die Wiederbelebung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege, zur größten Industriemesse der Welt entwickelte, ist die Zahl der ausstellenden Firmen ständig gestiegen. 1947 waren 1300 deutsche Aussteller noch „unter sich“, dann kamen von Jahr zu Jahr mehr Gäste aus dem Ausland zu diesem auch für sie interessanten Treffpunkt, und 1966 waren unter den fast 6000 vertretenen Firmen aus 30 Nationen 1400 aus dem Ausland. Diese eindrucksvolle Entwicklung an einem Platze, der auf keine Tradition aus der Vorkriegszeit zurückblicken kann, ist ohne Beispiel. Bundespräsident Heinrich Lübke sagte in seiner Eröffnungsrede in der Stadthalle Hannover, die Entwicklung der Messe von einer in Notzeiten geborenen Improvisation zur bedeutendsten internationalen Handelsmesse sei vor allem Ausdruck des Selbstvertrauens, des Unternehmungsgeistes und des Arbeitseifers in unserer Wirtschaft. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Hannover-Messe als Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Anstrengungen helfen möge, den Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und den Ländern auch außerhalb der EWG zu verstärken.

Barometer der Konjunktur

Die Leistungsschau auf 890 000 Quadratmetern und in 22 Messehallen ist heute mehr als ein Markt technischer Neuheiten. Sie ist ein Kon-

◀ Am Eingang unseres Messehauses empfing den Besucher das diesjährige Motto „Hoesch – ein Name für Stahl“. Unser Bild zeigt Andrej Smirnow (zweiter von links), den sowjetischen Botschafter, der in diesen Tagen nach zehnjährigem Wirken die Bundesrepublik verlassen hat. Gerhard Elkmann (links) begleitete den Botschafter bei einem Rundgang durch unser Messehaus



junkturbrometer, an dem sich über die erteilten Aufträge und die dafür bewilligten Preise die wirtschaftliche Entwicklung im weiteren Verlauf des Jahres ablesen läßt. Auch unsere östlichen Nachbarn nutzten in steigendem Maße die Messe um festzustellen, ob sich das Klima für den Warenaustausch über unsere Ostgrenze hinweg verbessert hat. Polen, schon seit mehreren Jahren in Hannover vertreten, baute einen eigenen Pavillon, und die Rumänen brachten zu ihrem „Antrittsbesuch“ ein schweres Bohrgerät für die Erdölindustrie mit. 50 ausländische Industrie- und Staatsdelegationen hatten sich zur Teilnahme an den zahlreichen Informations- und Fachtagungen der verschiedensten Produktionsgebiete angemeldet.

Für den von Jahr zu Jahr anschwellenden Strom der Besucher ist auf dem Messegelände der größte private Personenbahnhof des Bundesgebietes entstanden. Die Straßenbahn brachte im letzten Jahr allein eine Million Fahrgäste aus der Stadt heran. Vor den zehn Eingängen liegen Parkplätze, die täglich bis zu 44 000 Kraftwagen aufnehmen können. Ein Sonderlob verdient sich in jedem Jahr die Polizei: sie steuert den Verkehr auf den ausgebauten Zufahrtsstraßen aus der Luft durch Hubschrauber und von der Zentrale auf dem Messehochhaus über Funk.

Sechste Luftfahrtschau

Im Norden der niedersächsischen Hauptstadt entstand in den letzten Jahren ein neuer Anziehungspunkt. Zum sechsten Male fand auf dem Flugplatz Langenhagen die Deutsche Luftfahrtschau statt. Auch hier läßt sich die sprunghafte Entwicklung an wenigen Zahlen ablesen. Auf dem Gelände des Flughafens, auf dem während der Messe täglich 160 Maschinen starteten und landeten, stellten 1958 nur 65 Firmen aus, darunter 8 aus dem Ausland; in diesem Jahr zeigten 307 Aussteller aus 14 Ländern 100 Flugzeugtypen sowie Modelle, Motoren, Instrumente und Zubehör. Wer bei dem Andrang keinen Platz bekam zu einem Rundflug über die Stadt und das Messegelände, dem blieb um so mehr Zeit, sich von freundlichen Stewardessen die „Attraktionen“ wie Forschungssatelliten, Senkrechtstarter, Raketen oder Weltraumtransporter erklären zu lassen.

Zehn Jahre Hoesch-Messehaus

Auch Hoesch konnte in diesem Jahr in Hannover ein Jubiläum begehen: seit zehn Jahren ist das aus Hoesch-Erzeugnissen gebaute eigene Messehaus an der Stahlstraße das Zentrum der Ausstellungsstände unserer Werke und Gesellschaften und der vom lauten Messegetriebe abgeschirmte Treffpunkt unserer Besucher und

1 Zu den ersten interessierten Besuchern der Stahlstraße gehörte am Eröffnungstage auch Bundespräsident Heinrich Lübke, auf unserem Bild begrüßt ihn Dr. Otto Jungbluth vom Vorstand der Hoesch AG vor dem Hoesch-Messehaus; zwischen ihnen der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs

2 Neben dem Eingang unseres Messehauses stand in diesem Jahr die Normhalle, in der das neue Werk in Hamm Einblick gab in das umfangreiche Normbauteil-Programm

3 Am Informationsstand in der großen Halle unseres Messehauses erhielten die Besucher jede Auskunft über die hier gezeigten Erzeugnisse und über die weiteren Hoesch-Stände

◀ Weit reicht der Blick vom Hermes-Turm aus über die Stahlstraße mit dem Hoesch-Messehaus über die Hallen bis zum Häusermeer von Hannover





Hebezeug, Federungselemente, Fahrzeugteile, Präzisionsrohre oder Drahtseile.

Eigene Halle zeigt Normbauteile

Wo neben dem Haupteingang unseres Messehauses im vergangenen Jahr die Hoesch-Fußgängerbrücke als Anwendungsbeispiel für das Bauen mit Normbauteilen aus Bandstahl stand, erhob sich diesmal eine Halle, in der unser neues Werk in Hamm Einblick gab in sein auf modernen Transferstraßen hergestelltes umfangreiches Normbauteil-Programm. Es umfaßt alle für den Industrie- und Wohnungsbau erforderlichen Elemente und trägt einem echten Bedürfnis der Bauindustrie Rechnung. Links von der gläsernen Eingangsfront leuchtete in der strahlenden Sonne der ersten Maitage eine Diesellokomotive (Typ MB 11 N) der Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG für die Bundesbahn. Ein Aufgleisgerät der Maschinenfabrik Deutschland brachte die schwere Lok von Zeit zu Zeit aus dem Gleichgewicht und wieder ins Lot. In blauem Farbkontrast dazu sah man daneben die schreitenden hydraulischen Streb-Ausbaugespanne der Hoesch-Bergbautechnik und schließlich, gleichsam als Kontrapunkt auf der gegenüberliegenden Seite des Messehauses, eine Schmiedag-Raupe für die Bauindustrie.

Hoesch auf sechs Messeständen

Auf den Rundgang von unserem Messehaus zu den fünf weiteren Hoesch-Ständen nahmen unsere Besucher ein handliches Faltblatt mit, das mit seinem übersichtlichen Plan den Weg zu den Hallen und zum Freigelände wies. Schlagen wir aus der Erinnerung noch einmal den Halbkreis, den die Stände unter dem Hoesch-Zeichen bildeten, und beginnen wir mit der Halle 20 am Nordeingang des Messegeländes. In dieser Halle zeigte die Trierer Walzwerk AG, Wuppertal, das kunststoffbeschichtete Stahlblech und Stahlband PLATAL und weitere oberflächenveredelte Erzeugnisse in den überaus vielseitigen Verarbeitungsmöglichkeiten. Dazu kam das neu entwickelte PLATAL T, ein Verbundwerkstoff aus beidseitig feuerverzinktem Stahlblech oder Stahlband und der witterungsbeständigen TEDLAR-Folie. PLATAL T verbindet die Festigkeit des Stahls mit den korrosionsschützenden Eigenschaften der farbigen Folie und ist daher ein besonders guter Bauwerkstoff für Außenwände an Bauten aller Art.

In der Halle 16A am Messeingang Nord-West hatte das Werk Federstahl Kassel den ganzen Stand und den Beratungsraum für Kunden aus eigenen Selbstbauprofilen aufgebaut. Praktische Beispiele zeigten die Anwendung für Lager- und Betriebseinrichtungen. Auf dem Weg nach Süden wies auf dem Freigelände an der Münchener Straße ein hochaufragendes Baugerüst aus Stahlrohr mit dem Firmenschild auf den Stand der Schmiedag AG hin. Vor dem schmucken Bungalow, der kurz vorher noch auf der Baumaschinenmesse in München gestanden hatte, führten die verschiedenen Typen der Raupen für die Bauindustrie und für den Bergbau ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten vor. Die ebenso wendigen wie starken hydraulischen Maschinen hatten immer viele interessierte Zuschauer. (Auf das vollständige Produktionsprogramm geht ein besonderer Bericht auf den folgenden Seiten ein.)

In der Halle 15 schließlich zeigte das Rohr- und Bauteilwerk Hamm an Schnittmodellen und Verarbeitungsmustern die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten von tragenden und raumabschließenden Normbauteilen aus Bandstahl

für Wände, Fassaden, Dächer und Geschoßdecken bei Bauten der Industrie wie beim Wohnungsbau.

Wer seinen Rundgang dann am Südeingang des Messegeländes beendete, konnte als letzten Eindruck das Bild des Hoesch-Bungalows mit nach Hause nehmen. Immer wieder bildeten sich vor unserem Fertighaus aus Stahl Diskussionsgruppen, die sich nicht mit dem äußeren Eindruck begnügten, sondern im Inneren des Hauses anhand von Bildern und Modellen auch Einblicke in die architektonischen Einzel-

heiten und Abwandlungsmöglichkeiten der verschiedenen Typen des Hoesch-Bungalows gewinnen wollten.

Hier wie an allen anderen Hoesch-Ständen – und natürlich in unserem zentralen Messehaus – lagen nicht nur stumme Prospekte aus. Überall boten sich Hoesch-Mitarbeiter an, im Gespräch mit den Besuchern zu ergänzen, was der erste Blick nur in Umrissen hatte erfassen können. Immer war Raum und Zeit für ein persönliches Wort auf diesem riesigen Umschlagplatz für Güter und Gedanken.

An der Münchener Straße führte die Schmiedag AG ihre Raupen-Typen für die Bauindustrie und für den Bergbau in ihren vielfältigen Einsatzmöglichkeiten vor



Das Rohr- und Bauteilwerk Hamm zeigte in der Halle 15 an Modellen die Anwendungsmöglichkeiten seiner Normbauteile aus Bandstahl für Wände, Fassaden, Dächer und Decken



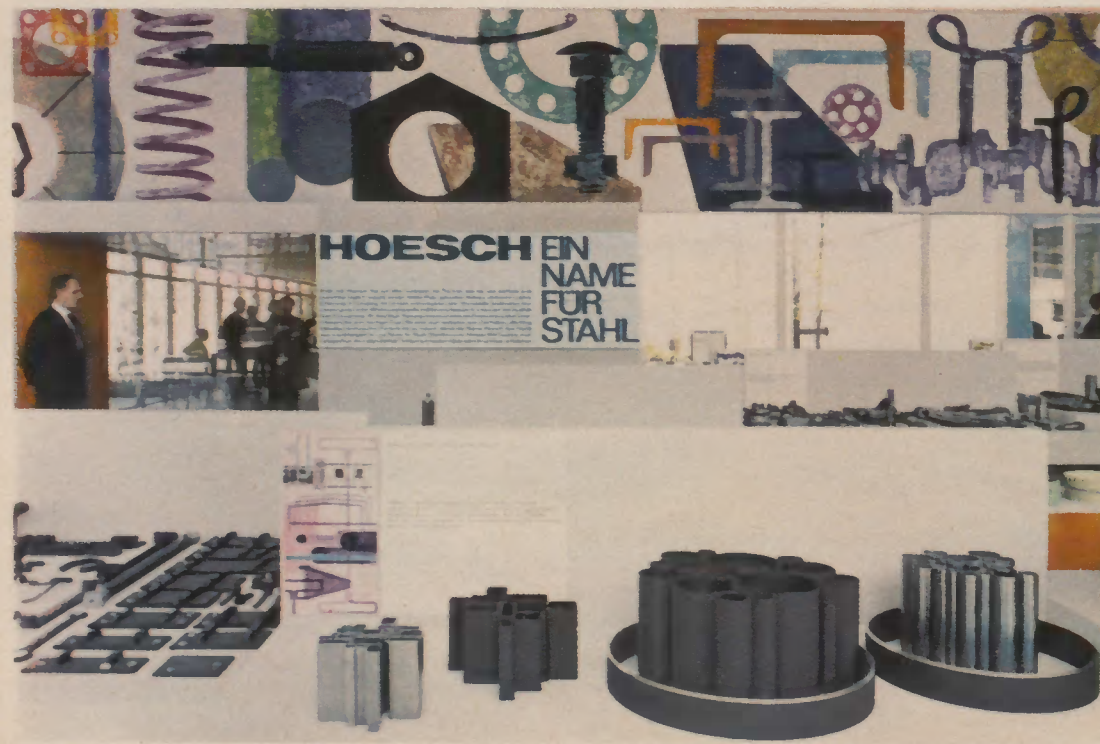
In der Halle 16 A hatte das Werk Federstahl Kassel den ganzen Stand aus eigenen Selbstbauprofilen aufgebaut



Die Trierer Walzwerk AG, Wuppertal, zeigte in der Halle 20 die Verarbeitungsmöglichkeiten des kunststoffbeschichteten Stahlblechs PLATAL und des neuen Verbundwerkstoffs PLATAL T



Am Südeingang des Messegeländes wurden auch in diesem Jahre wieder im Hoesch-Bungalow Grundrisse und Modelle des Hoesch-Hauses gezeigt



▲ Ein Blick in das Innere unseres Messehauses, in dem die Westfalenhütte und die weiterverarbeitenden Werke Proben ihrer verzweigten Produktion ausstellten

Geschäftsfreunde. Seit zehn Jahren ist das Hoesch-H am schlanken Mast vor der Halle weithin sichtbarer Wegweiser. In jedem Jahr änderte sich das Ausstellungsmotto, in jedem Jahr aber gaben unter dem geschwungenen Dach die Westfalenhütte und die weiterverarbeitenden Werke Einblick in ihre verzweigte Produktion.

Unter dem Leitwort „Hoesch – Ein Name für Stahl“ spiegelte sich in diesem Jahr in zahllosen Werkstücken und Erzeugnisproben die nahezu hundertjährige Erfahrung im Umgang mit dem Stahl, die den Leistungsstand der Werke und Gesellschaften im Hoesch-Kreis und die Qualität ihrer Erzeugnisse bestimmt. Aus der Vielfalt der gezeigten Stahlerzeugnisse seien nur als Beispiel genannt die Walzwerkfertigerzeugnisse vom Walzdraht über die breite Skala der Profilstähle bis zu den Karosserie- und Verpackungsblechen und aus der Weiterverarbeitung schwere Werkzeugmaschinen,

10 Jahre Schmiedag- Raupen



Das Produktionsprogramm der bewährten Baumaschinen wurde erweitert

Die Fachjournalisten zeigten keine Scheu: Sie waren aus der ganzen Bundesrepublik nach Hagen gekommen, um sich bei der Schmiedag die neuen Raupen nicht nur anzusehen, sondern sie auch selbst einmal zu fahren und zu bedienen, wie es ihnen die Einladung versprochen hatte. Sie setzten sich auf die wendigen Baumaschinen und erfuhren – im wahren Sinne des Wortes –, daß die Raupen mit dem hydraulischen Wendegetriebe und die Arbeitsausrüstungen wirklich „mit zwei Fingern“ zu bedienen sind. Die Journalisten, Professoren und Dozenten von technischen Hochschulen konnten die vier Raupentypen mit verschiedenen Ausrüstungen in verschiedenen Einsätzen beobachten und fahren, bevor diese wenige Tage später als geschlossenes Raupenprogramm dieser Baumaschinen-Größenordnung auf der „Bauma 66“, der Internationalen Baumaschinen-Messe in München, der breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Größte Baumaschinen-Messe

Die „Bauma“ hat sich in den 13 Jahren ihres Bestehens zu der größten internationalen Fachmesse für Baumaschinen in Europa entwickelt. Von der ersten Bauma 1954 mit 70 Ausstellern auf 20000 qm wuchs der Umfang bis 1966 mit 860 Ausstellern auf 240000 qm Ausstellungsfläche. In den letzten Jahren stieg die internationale Bedeutung durch Aussteller aller europäischen Länder und von Übersee. Von 860 beteiligten Firmen waren 176 aus dem Ausland. Die Ausstellungsleitung meldete in diesem Jahr 104000 Besucher.

Auch in München waren die Raupen der Schmiedag vor dem Messestand bei der Arbeit zu beobachten. Viele Fachleute nutzten die Gelegenheit, die Raupen selbst zu fahren und ihre Vielseitigkeit im Einsatz kennenzulernen. In den Auftragsbüchern der Schmiedag zeigte sich der Erfolg: Sie war – wie übrigens auch kurz vorher auf der Leipziger Messe – mit ihren Abschlüssen sehr zufrieden.

Die bewährte Kleinraupe K 200 bleibt

Nach wie vor wird die in der Bauwirtschaft, bei Landschaftsgärtnern, in Kommunal- und Industriebetrieben inzwischen gut bekannte K 200, die Kleinraupe für alle Arbeiten dort, wo größere Maschinen keinen Platz haben, zu schwer sind oder unwirtschaftlich wären, weitergebaut. Nach wie vor ersetzt die K 200 Arbeitskolonnen beim Aushub oder Verfüllen von Kabel- oder

► Der Seitenkipplader UT 300 für den Einsatz unter Tage bewährte sich nicht nur auf Schachtanlagen des Ruhrgebietes, sondern auch in Salzgruben und – wie unser Farbfoto zeigt – im Gipsbergwerk Adorf (Waldeck). Hier belädt er Loren auf der 1. Sohle in 70 Meter Teufe





Drainagegräben, beim Verteilen von Einbaumaterial, wie Kies, Schotter oder Sand im Tiefbau, und bei Zuteilen von Zuschlagstoffen im Hochbau. Aber auch auf Lagerplätzen, beim Umschlag von Schüttgütern oder beim Beschicken von Fördermitteln aller Art hat sich dieser Raupenlader unentbehrlich gemacht.

Die neuen, stärkeren Typen

Die Maschinen der neuen 300er-Reihe mit ihren starken Diesel-Motoren, mit ihrem gut abgestuften Schaltgetriebe bei der K 300 S und dem hydrostatischen Wendegetriebe bei der K 300 H schließen eng an den Leistungsbereich der „alten“ K 200 an und überschneiden ihn. Den UT 300, den elektrisch oder durch Druckluft angetriebenen Seitenkipplader für den Einsatz unter Tage, stellten wir unseren Lesern schon im August-Heft des vergangenen Jahres vor, nachdem er im ersten Probelauf in der Grube seine Leistungskraft und Vielseitigkeit unter Beweis gestellt hatte. Er ist inzwischen nicht nur auf Hoesch-Zechen und in anderen Schachtanlagen des Ruhrgebietes, sondern auch in Gipsbergwerken und Salzgruben ein guter Helfer bei schwerer Räumarbeit auf engem Raum. Die 300er-Typen bieten die gleichen Einsatzmöglichkeiten wie die Kleinraupe, sie bieten sich aber an, wo die kleinere Schwester eben noch die Arbeit schafft oder eigentlich schon überlastet wäre. Dort arbeiten die größeren Maschinen noch mit Leistungsreserven, was sich natürlich auch auf die Lebensdauer und den Austauschbedarf an Verschleißteilen günstig auswirkt. Hinzu kommt die leichtere Bedienung bei der Fahrt und bei der Arbeit.

Technisch ausgereift

Das hydrostatische Wendegetriebe nutzt die volle Motorleistung, sie paßt sich selbsttätig der Arbeitsgeschwindigkeit und der abverlangten Leistung an und ermöglicht ein stufenloses Regeln der Fahrgeschwindigkeit vorwärts und rückwärts. Hydraulisch werden alle Arbeitszylinder gelenkt, und eine besondere Schmierumgebung aller Lagerstellen vereinfacht die Wartung. Viele Fahrer lobten schon den bequemen Sitz, der sich für die Bedienung der Ladeschaufel vorn oder des Hecklöffels hinten leicht umklappen läßt. Beim Einsatz unter Tage oder beim Wechsel von einer Baustelle zur anderen hat sich die einfache Zerlegbarkeit der Maschine für den Transport gut bewährt.

In der Bauwirtschaft und manchen anderen Wirtschaftszweigen ersetzen Schmedag-Raupen täglich ganze Arbeitskolonnen und erschließen in ihrer Vielseitigkeit immer neue Verwendungsbereiche. Auf den erwähnten Messen gewannen sie daher wieder viele neue Freunde.

1 Ein Blick auf den Messestand der Schmedag AG auf der „Bauma 66“, der Internationalen Baumaschinenmesse in München. Die verschiedenen Typen des Raupenprogramms wurden bei der Arbeit vorgestellt und konnten von Besuchern selbst gefahren werden

2 Fachjournalisten, Professoren und Dozenten von technischen Hochschulen hatten bei der Schmedag in Hagen Gelegenheit, die Raupen zu besichtigen und selbst zu bedienen. Auf unserem Bild versucht sich einer der Gäste auf der vielseitigen K 300

3 Vorn und hinten gleich kräftig: Auf unserem Bild steuert der Fahrer den Hecklöffel der K 300 H mit den hydraulischen Arbeitszylindern. Klappt er seinen Sitz um, kann er nach wenigen Handgriffen auch die Ladeschaufel an der Vorderseite (im Bilde rechts) bedienen

PLATAL HILFT DER POST

Wer telefonieren will, braucht einen Anschluß: zwei kupferne Adern müssen sein Telefon mit einer Vermittlungsstelle der Post verbinden. Was aber tun, wenn keine Vermittlungsstelle da oder die vorhandene längst besetzt ist? Jahrelang blieb ungezählten „Anschlußsuchenden“ nur eines übrig: Geduld und Verständnis, denn die Post tat, was sie konnte. In jeder Stadt waren – und sind noch heute – viele Vermittlungsstellen in Bau. Meist sind sie sogar genauso schnell fertig wie die umliegenden neuen Wohnsiedlungen und Geschäftszentren. Aber wenn das Gebäude längst besetzt ist – Fernsprechvermittlungsstellen sind so komplizierte Anlagen, daß bestimmt ein weiteres Jahr vergeht, bevor auch die technische Einrichtung installiert ist.

Langes Leben ohne Pflege

Um mit der lästigen Warterei ein für allemal Schluß zu machen, beschloß die Oberpostdirektion Hamburg, eine „bewegbare OVSt (Ortsvermittlungsstelle)“ zu entwickeln. Diesen Entschluß in die Tat umzusetzen, war nicht ganz einfach, denn die empfindliche technische

Einrichtung einer Vermittlungsstelle setzt einen fahrbaren Behälter voraus, der die Eigenschaften eines festen Gebäudes besitzt: er muß völlig dicht, gut isoliert und sehr widerstandsfähig gegen Wind und Wetter sein, damit in seinem Innern Luftfeuchtigkeit und Temperatur stets auf der gleichen Höhe gehalten werden können. Außerdem muß seine Lebensdauer mindestens fünfzehn, wenn nicht gar dreißig Jahre betragen, da die technischen Einrichtungen im Behälter über 400000 Mark wert sind. Den Konstrukteuren der Behälter war klar, daß diese hohe Lebensdauer vor allem von der Außenverkleidung abhing, jedoch bei herkömmlicher Bauweise nur mit sorgfältiger Pflege und alle drei Jahre erneuter Lackierung erreicht werden konnte. Beide Voraussetzungen aber – Pflege und Neuanstrich – waren nicht zu verwirklichen, weil die Behälter jeweils etwa zwei Jahre an ihrem Einsatzort stehen und von da zum nächsten fahren sollten.

Nun, guter Rat war für die Konstrukteure von dem Augenblick an nicht mehr teuer, als sie Platal, das kunststoffbeschichtete Stahlblech unserer Trierer Walzwerk AG, kennenlernten. Wurde der wertvolle Behälter rundum mit Platal



▲ Eine von neunzig fahrbaren und ringsum mit Platal verkleideten Fernsprechvermittlungsstationen auf dem Weg zum Einsatzort

◀ In Hamburg wurde die bewegbare Vermittlungsstelle entwickelt. Auf unserem Bild erklärt Vizepräsident Harder von der Oberpostdirektion Hamburg Bundespostminister Richard Stücklen das Modell

verkleidet, so erhöhte sich die Korrosionsfestigkeit der Außenhaut, sie verwitterte nicht, brauchte nicht gepflegt und auch nicht neu lackiert zu werden.

100 Quadratmeter Platal schützen jeden Behälter

Nachdem die Frage der Außenverkleidung geklärt war, stand bald ein Modell des fahrbaren Platalbehälters vor Bundespostminister Stücklen (siehe unser Foto), und danach dauerte es nicht lange, bis das bekannte Hamburg-Hamburger Karosseriewerk Vidal die ersten Behälter fertiggestellt hatte.

10,5 Meter lang, 2,5 Meter breit und 3,9 Meter hoch ist jeder der für tausend Fernsprechan-
schlüsse eingerichtete Behälter. Er besteht
aus einem Stahlgerippe aus Vierkantröhren,
dessen Fachwerk mit Isolierstoffen gefüllt ist.
Rund hundert Quadratmeter Platal sind außen –
oben, unten und an den Seiten – auf das Stahl-
gerippe aufgenietet.

Den fertigen Behälter bringt eine Zugmaschine
der Bundespost mit einer Stundengeschwin-
digkeit von sechzig Kilometern – die Autobahn
kann also benutzt werden – zu der Oberpost-
direktion, die ihn angefordert hat. Erst dort
wird die technische Einrichtung eingebaut, die
das Gewicht des Behälters von 6,8 Tonnen
auf 14 Tonnen erhöht. Bei der Fahrt zum
Einsatzort endlich, an dem die Achsen entfernt
und der Behälter auf ein vorbereitetes Funda-
ment abgesetzt wird, darf die Transportge-
schwindigkeit zwanzig Kilometer in der Stunde
nicht mehr übersteigen.

Neunzig fahrbare Vermittlungsstationen im Dienst

Innen ist die bewegbare Vermittlungsstation in
drei Räume aufgeteilt:

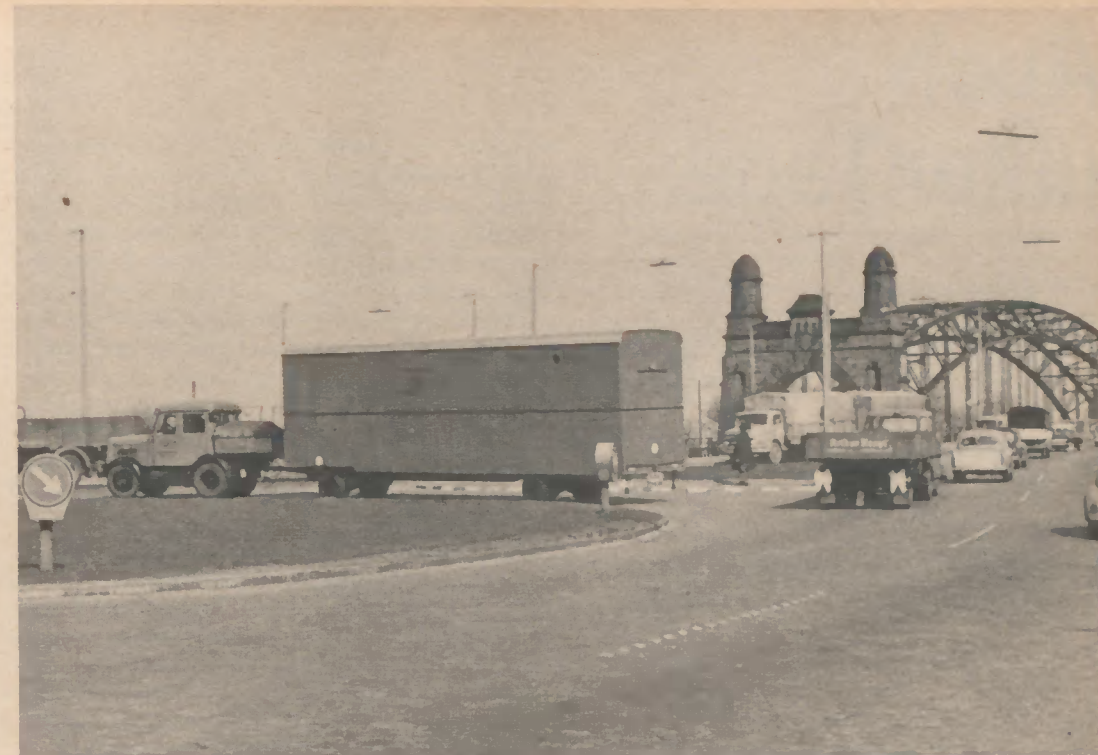
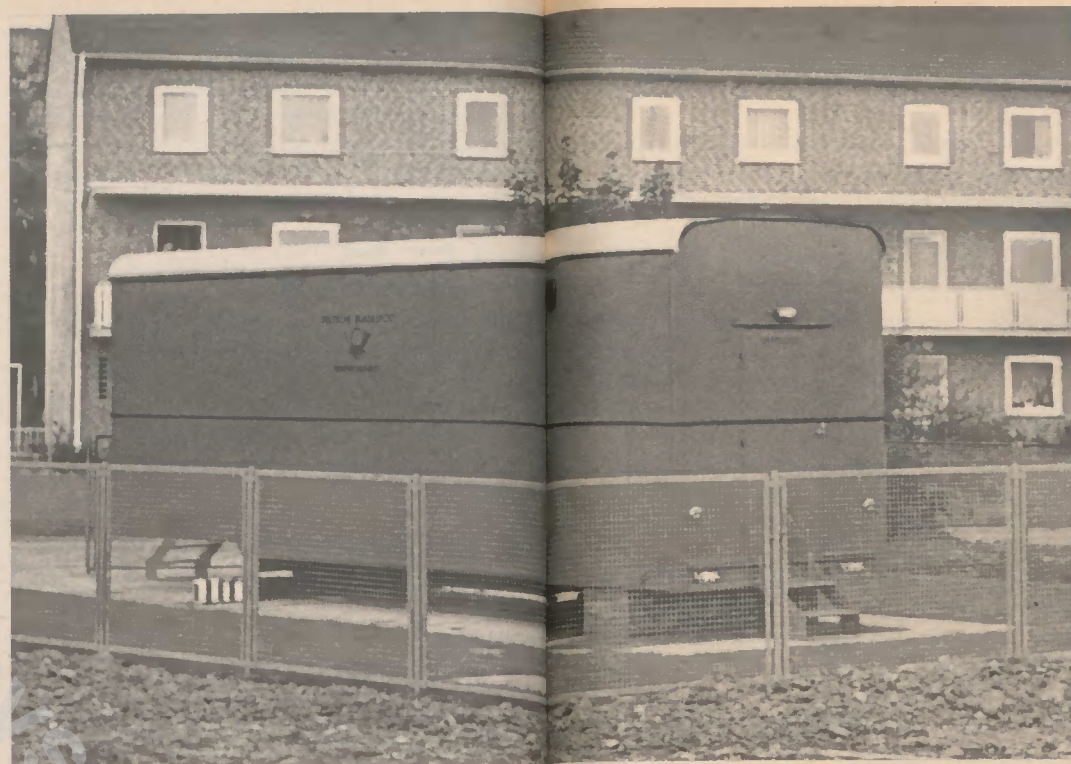
in den kleinen Vorraum, der als Wetterschleuse
dient und in den die Stromversorgungsanlage
eingebaut ist,

in den Wählerraum, in dem die in zwei langen
Gestellrahmen untergebrachten fernmelde-
technischen Apparaturen ununterbrochen klik-
ken, summen und schnarren,

und in den winzigen Kabelraum am Ende, in
dem die Teilnehmer mit ihren Adern ange-
schlossen werden.

Diese Dreiteilung bewirkt, daß der Wählerraum
kaum je betreten werden muß – meist nur dann,
wenn eine Störung automatisch zum nächsten
besetzten Amt signalisiert wird –, so daß dieser
empfindlichste Teil der Station vor Staub, Be-
schädigungen oder plötzlichem Klimawechsel
weitgehend geschützt ist.

Schon heute arbeiten annähernd neunzig dieser
Vermittlungsstationen überall in der Bundes-
republik. Sie sind, wie die Bundespost sagt:
„zu einem wesentlichen – und durch Platal auch
zu einem wirtschaftlichen – Faktor bei der Be-
seitigung der Fernsprechanflußnot gewor-
den.“



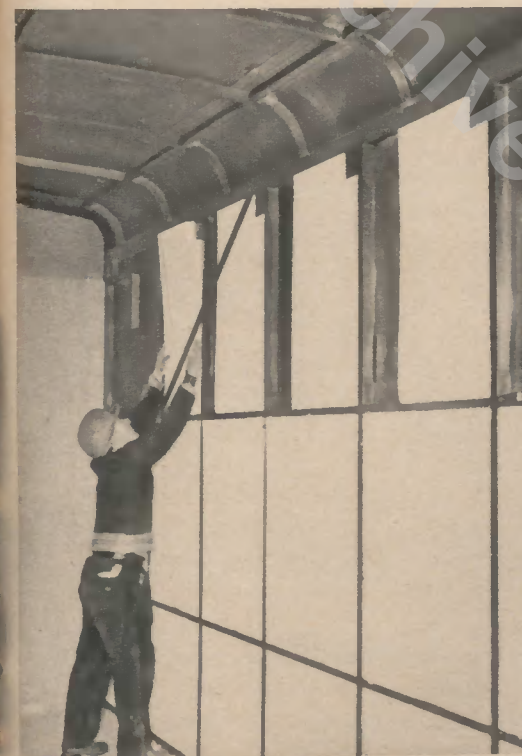
1 Da die ständig im Freien stehenden Behälter weder
gereinigt noch gestrichen werden, aber dennoch sehr
widerstandsfähig gegen Wind und Wetter sein müssen,
sind sie rundum mit Platal, dem kunststoffbeschichteten
Stahlblech, verkleidet

2 Die 10,5 Meter langen und fast vier Meter hohen
Behälter werden aus einem festen Stahlgerippe erbaut,
das innen gegen Temperaturschwankungen durch
eine Isolierschicht abgedichtet wird

3 Ist die technische Einrichtung eingebaut, bringt eine
Zugmaschine den Behälter zum Einsatzort

4 Ist der Behälter auf einem vorbereiteten Fundament
abgesetzt, können unverzüglich 1000 Fernsprechteil-
nehmer an das Fernsprechnetzz angeschlossen werden

5 Die beweglichen Vermittlungsstellen arbeiten auto-
matisch; unser Bild zeigt den Wählerraum bei der
Montage der technischen Einrichtung



Auch unter Tage: Keine Angst vor der Elektrizität

Funken entstehen lassen, die anstehende Schlagwetter zünden könnten. Da aber beim Unterbrechen oder Schließen elektrischer Stromkreise zwangsläufig mehr oder weniger große Lichtbögen entstehen, ist der Einsatz der Elektrizität unter Tage sehr verzögert worden, so daß auch heute noch – zu einer Zeit, in der die Elektrizität in Industrieanlagen über Tage wegen ihrer bequemen Übertragbarkeit für Antriebs-, Steuer- und Regelzwecke längst eine Selbstverständlichkeit ist – im Untertagebetrieb unserer Steinkohlenbergwerke Druckluft als Energieträger für Kraft und Arbeitsmaschinen verwendet wird.

Druckluftbetrieene Maschinen erfüllen freilich alle Sicherheitsanforderungen in idealer Weise. Sie scheiden die Gefahr der Zündung von Schlagwettern nahezu aus und erhitzen nicht die Umgebung der Maschine, sondern entziehen ihr Wärme. Dennoch hat die Druckluft als Energieträger für den Grubenbetrieb in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren immer

mehr Anwendungsbereiche zugunsten der Elektrizität verloren. Ursache ist vor allem die rasche Mechanisierung und Automatisierung unter Tage. Maschinen, die mit wachsender Kompliziertheit auch immer schwieriger zu steuern sind, können ohne Elektrizität nicht auskommen. Typische Beispiele dafür sind die Schachtbeschickungsanlagen und Gleisbildstellwerke auf Fritz-Heinrich und Emil-Emscher, über die wir in den Heften 8/1961 und 8/1963 berichteten.

Diese neuzeitlichen Steueranlagen stellen hohe Forderungen an den Energieträger wie an die Antriebsmaschine: Die Antriebsmaschine muß die Trägheit des Anlaufs und auch Lastspitzen überwinden können, außerdem muß die Steuerenergie unverzüglich wirken. Druckluft aber kann diese Forderungen wegen ihrer Kompressibilität (Zusammendrückbarkeit) und ihrer im Verhältnis zur Elektrizität sehr geringen Strömungsgeschwindigkeit nicht oder nur sehr unvollkommen erfüllen.

Elektrizität ist zehnmal billiger

So machte schon der technische Fortschritt den Einsatz der Elektrizität als Energieträger notwendig. Zu den technischen Gründen kamen aber auch wirtschaftliche, denn für die gleiche Arbeit entstehen beim Gebrauch von Druckluft mehr als zehnmal so hohe Kosten wie für Elektrizität. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß erst 100 Norm-Kubikmeter Luft mit einem Druck von drei bis vier Atmosphären ebensoviel leisten wie eine einzige Kilowattstunde Elektrizität. Außerdem treten bei der Druckluft unvermeidbare Undichtigkeits- und Strömungsverluste auf, die mindestens 30 v.H. gegenüber 5 v.H. bei elektrischen Versorgungsleitungen betragen.

So sprechen sowohl der technische Fortschritt wie die Wirtschaftlichkeit eindeutig für die Elektrizität. Wie aber verhält es sich mit den eingangs aufgestellten Forderungen an die Sicherheit?

dieser Bauart als zünddurchschlag- und damit als schlagwettersicher bezeichnet werden können. Andere Schutzvorrichtungen gegen Schlagwetter sind darauf aufgebaut, daß der Lichtbogen entweder unter Öl gelöscht wird (Ölkapselung) oder in engen langen Luftspalten so weit abgekühlt wird, daß ein außen anstehendes Grubengasgemisch nicht mehr gezündet werden kann (Plattenschutzkapselung). In enger Zusammenarbeit passen die Bergaufsichtsbehörden und die Ingenieure der Bergbaugesellschaften nicht nur alle Konstruktionsmerkmale, sondern auch die Vorschriften über die Errichtung und den Betrieb schlagwettergeschützter elektrischer Anlagen laufend dem neuesten Stand der Technik an.

Leitungen, die sich selbst abschalten

Mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein wird auch die „innere“ Sicherheit der elektrischen Anlagen ständig überprüft und verbes-

Seit geraumer Zeit werden in elektrischen Steuerungen auch sogenannte „eigensichere Stromkreise“ eingebaut. Diese Stromkreise besitzen eine so geringe Energie, daß weder eine Berührungs- und Brandgefahr noch die Gefahr der Zündung von explosionsgefährlichen Gasgemischen bei Schaltvorgängen besteht. Eigensichere Stromkreise werden heute bevorzugt für Wasser- oder Bunkerstandsanzeigen oder bei Impuls- und Kommandoschaltern in Fernsteuerungen eingesetzt. Nach dem gleichen Prinzip sind aber auch ganze Anlagen aufgebaut, wie zum Beispiel eigensichere Blindschachtsignal- und Telefonanlagen.

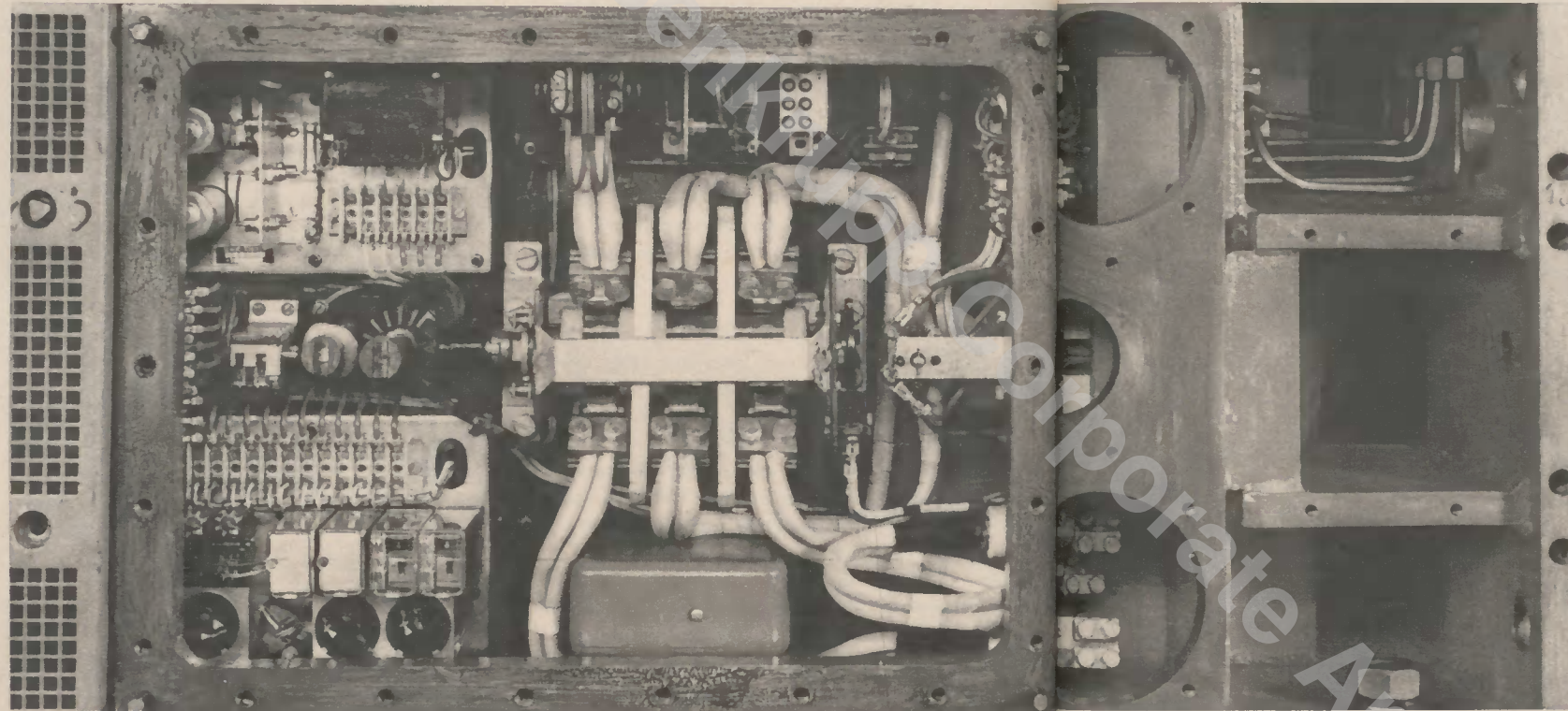
Zum Fachwissen muß das Verantwortungsgefühl treten

Umfassende Vorschriftenwerke, die vom Oberbergamt und von den verschiedenen Ingenieur-ausschüssen herausgegeben sind, gewährleisten die Grubensicherheit elektrischer Anlagen.



▲ In den letzten Jahren hat sich die Elektrizität als wichtigster Energieträger auch unter Tage durchgesetzt. Ein Beispiel dafür ist der abgebildete Walzenschrämlader, der die Kohle aus dem Kohlenstoß löst und auf das Fördermittel wirft

► Blick in den geöffneten „Schrämmotor“, der in den oben abgebildeten Teil des Walzenschrämladers eingebaut ist

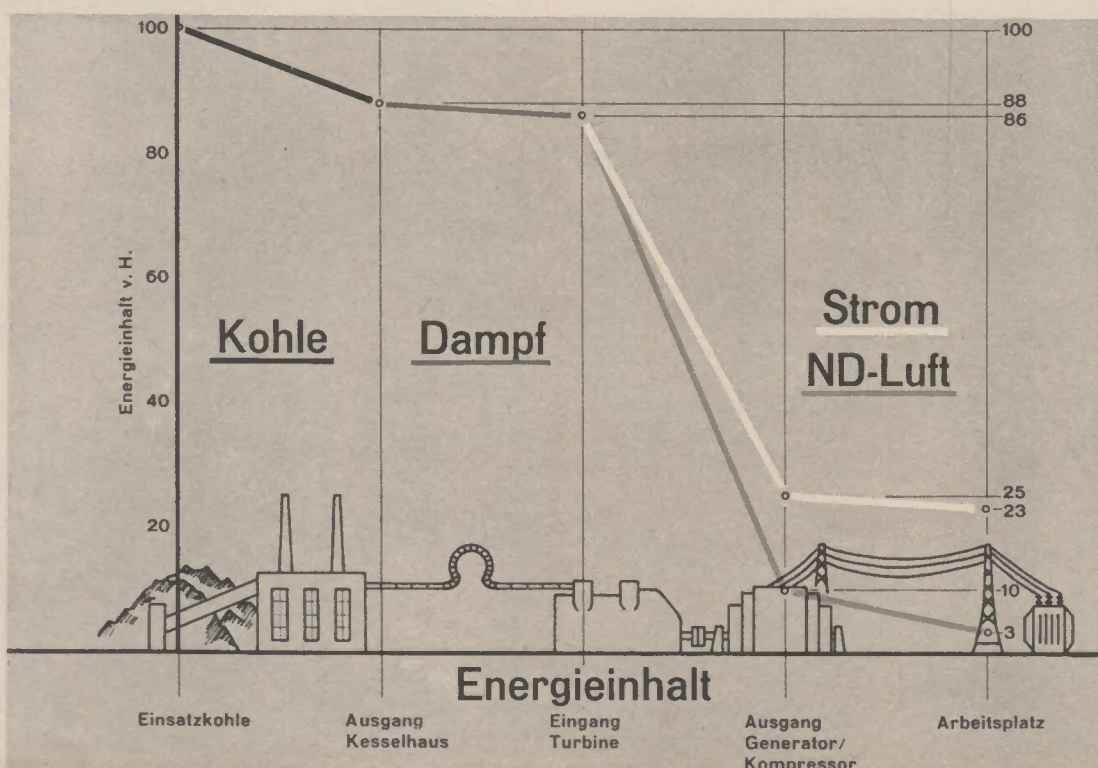


Dipl.-Ing. Andreas Breynek, der als Sachverständiger dem Oberbergamt für alle elektrischen Anlagen unserer Altenessener Zechen verantwortlich ist, schildert in diesem Bericht, weshalb sich unter Tage die Elektrizität zunächst nur zögernd, in jüngster Vergangenheit aber um so rascher durchgesetzt hat.

Vom Kohlenstoß bis zum Schacht werden Maschinen mannigfaltiger Art für das Lösen und Abfordern der Kohle wie für den Materialtransport eingesetzt. Für ihren Antrieb verbraucht jede einzelne Grube so viel Energie wie eine Kleinstadt von 20000 Einwohnern. Als wichtigster Energieträger hat sich in der jüngsten Vergangenheit die Elektrizität gegenüber der Druckluft durchgesetzt. Daß dies nicht schon früher geschah, liegt an den erschwerten Umweltbedingungen unter Tage.

Elektrizität verdrängt Druckluft

Elektrische Anlagen müssen nämlich mechanisch fest eingebaut sein, dürfen die Umgebung nicht unzulässig erwärmen und dürfen keine



Elektrische Funken werden abgeschirmt, gelöscht oder gekühlt

Die mit Abstand gefährlichste Eigenschaft des elektrischen Stromes, bei Schaltvorgängen Funken zu erzeugen, kann aus physikalischen Gründen nicht unterdrückt werden. Deshalb werden die Schaltorgane einer elektrischen Anlage in sehr feste, geschweißte oder gegossene Gehäuse eingebaut, die so konstruiert sind, daß die Explosion eines in einem solchen Gehäuse etwa vorhandenen Grubengasgemisches nicht nach außen durchschlagen kann und der Explosionsdruck das Gehäuse nicht verformt. Die Konstruktionsmerkmale solcher Gehäuse sind bis in Einzelheiten hinein durch genaue Vorschriften erfaßt. Strenge, behördlich vorgeschriebene Prüfverfahren durch amtlich anerkannte Prüfstellen gewährleisten für jedes Stück ein so hohes Maß an Sicherheit, daß Gehäuse

◀ Wie sich die Bedeutung der verschiedenen Energieträger im Energiehaushalt einer modernen Schachtanlage wandelt, zeigen die beiden Kurven, die den sinkenden Druckluftverbrauch und die steigende elektrische Leistung darstellen

sert. Zwei Beispiele mögen zeigen, wie sehr sich die Elektrotechnik auf die Sicherheitsbedürfnisse des Untertagebetriebs eingestellt hat. Erfahrungsgemäß gehören die in einem Gewinnungsbetrieb verlegten Leitungen zu den mechanisch am stärksten beanspruchten Teilen einer elektrischen Anlage. Leitungen sollen handlich und leicht beweglich sein, müssen aber auch sehr widerstandsfähig und verschleißfest sein, weil eine Beschädigung durch fallendes Haufwerk leicht einen Kurzschluß auslösen kann. Da der mechanische Schutz der Leitungen durch hoch verschleißfeste Kunststoffmäntel und Isolierungen kaum noch zu verbessern ist, sind Leitungstypen entwickelt worden, deren inneren Aufbau eine elektrische Überwachungseinrichtung schützt. Diese Überwachung arbeitet so schnell und so sicher, daß die Leitung bereits abgeschaltet ist, bevor ein Fremdkörper – ein fallender Stein oder eine kippende Maschine – das Leitungsinnere erreicht hat oder zwei Adern einander als Folge einer Quetschung berühren. Eine in dieser Weise geschützte Leitung kann in einem hoch explosiblen Grubengasgemisch mechanisch zerstört werden, ohne daß ein Funke entsteht.

▲ Aus Sicherheitsgründen hat sich der Einsatz der Elektrizität unter Tage lange verzögert. Heute ist die Gefahr durch feste, geschweißte oder gegossene Gehäuse gebannt, die so konstruiert sind, daß sogar die Explosion eines in einem dieser Gehäuse etwa vorhandenen Grubengasgemisches nicht nach außen durchschlagen kann

Diese Verordnungen und Vorschriften sprechen insbesondere den Menschen an, der an elektrischen Anlagen arbeitet – den Zechen-elektriker. Es genügt deshalb nicht, daß er ein guter Fachmann ist, er muß auch die Sicherheitsvorschriften kennen und hohes Verantwortungsbewußtsein besitzen, denn von der sachgerechten Ausführung seiner Arbeit kann das Leben vieler Menschen unter Tage abhängen.

Die unverhältnismäßig niedrige Zahl der Unfälle, die durch die Elektrizität im Grubenbetrieb entstanden sind, beweist, daß der Bergbau glücklicherweise über solche Menschen verfügt und daß Sicherheitsgründe heute nicht mehr gegen die im Zeichen des technischen Fortschritts so notwendige Elektrifizierung des Grubenbetriebes sprechen.



Einer,
der
für
viele
steht

Menschen
wie
du
und
ich

Der Schweißer

In dieser Aufsatzreihe stellen wir unseren Lesern aus der Vielzahl der in unseren Werken und Verwaltungen ausgeübten Berufe und Tätigkeiten Menschen vor, die stellvertretend für ihre Arbeitskollegen stehen. Nachdem wir 1964 den Hochöfner, den Hauer, die Laborantin, den Ausbilder, den Seilermeister, die Stenotypistin, den Betriebsdirektor, den Elektrohauer, den Schmied, den Forschungsassistenten, den Kaufmann, den Walzer, und 1965 den Schachtschmied, den Matrosen, den Maschinenschlosser, den Former, den Konstruktionstechniker, den Lokführer, den Fertigungsingenieur, den Ofenmaurer, den Werkzeugmacher, den Lackierer, den Kontrolleur und den Dreher vorgestellt haben, setzten wir unsere Reihe 1966 mit dem Kraftwerkselektriker, dem Innentransportfahrer, dem Programmierer, dem Betriebsassistenten und dem Feuerwehrmann fort.

Flugzeugführer und Schweißer haben etwas gemeinsam, das sie von fast allen anderen Berufen unterscheidet: beide müssen sich in regelmäßigen Abständen einer Eignungsprüfung unterziehen.

„Haben Sie Angst vor dieser immer wiederkehrenden Prüfung?“

Werner Duffe, der als Schweißer im Rohrwerk Barop beschäftigt ist und in dessen „Schweißerpaß“ bereits einige der alle zwei Jahre wiederholten und bestandenen Prüfungen vermerkt sind, schüttelt den Kopf. „Wenn man in Übung ist, kann nicht viel geschehen.“

„Warum kommt es denn auf die Übung an?“
„Ein Schweißer darf nicht lange mit der Arbeit aussetzen. Deshalb darf er auch nicht heute den Vorschlaghammer in die Hand nehmen, wenn er morgen wieder schweißen will. Nur wer ruhig und sicher seine Naht legt, arbeitet fehlerfrei. Und dazu braucht man vor allem eine geübte Hand. Bei unserem Beruf reicht der gute Wille nicht aus; ständiges Training – wie im Sport – muß dazukommen.“

Lichtbogen von mehreren tausend Grad

Werner Duffe beugt sich über das Spiralrohr, an dem er gerade arbeitet. Behutsam nähert er die in der Schweißzange festgeklemmte Elektrode dem Werkstück, bis der Lichtbogen – mehrere tausend Grad heiß – Rohr und Mann mit grellweißem Licht überschattet.

Hält man den „Schweißspiegel“, das schwarzgrün verglaste Schutzschild, vor Augen, verschwindet das blendende Lichtbündel, und der kurze weiße Lichtbogen zwischen Elektrode und Werkstück wird sichtbar. Drum herum wabert eine durchsichtige Gashölle, vor Augen, verschwindet das blendende Lichtbündel, und der kurze weiße Lichtbogen zwischen Elektrode und Werkstück wird sichtbar. Drum herum wabert eine durchsichtige Gashölle, vor Augen, verschwindet das blendende Lichtbündel, und der kurze weiße Lichtbogen zwischen Elektrode und Werkstück wird sichtbar.

Werner Duffe ist gerade dabei, von Hand eine wenige Zentimeter lange Nahtunterbrechung zu schweißen. Diese Unterbrechungen oder Haltepunkte entstehen, wenn die Produktion des endlosen Spiralrohres kurz gestoppt wird. Und das ist immer dann der Fall, wenn der Anfang eines neuen Bandringes an das Ende des auslaufenden angeschweißt wird.

Auch in einem Betrieb, in dem modernste Schweißautomaten eingesetzt sind, ist also das handwerkliche Können des einzelnen nicht überflüssig geworden...

Zwei „Lagen“ braucht Werner Duffe, um den Haltepunkt zu füllen. Dann legt er eine Decknaht darüber. Zufrieden betrachtet er den sauberen Ansatz und den gleichmäßigen Verlauf der Naht. Wenig später bestätigt die Röntgenprüfung, daß er einwandfrei und fehlerlos gearbeitet hat.

„Was für Fehler könnten denn auftreten?“

„Poren oder Gasblasen am Ansatz, Bindefehler an den Nahtflanken, aber auch eingeschlossene Schlacketeilchen.“

„Und wie sind diese Fehler zu verhüten?“

„Zuerst durch gute Vorbereitung der Schweißstelle. Sie muß die richtige Breite und Tiefe haben und ganz sauber sein. Dann kommt das Schweißen, und da hängt – wie gesagt – alles von der ruhigen Hand und von der sicheren Führung der Elektrode ab.“

Mit Geschick und Übung

Bei einer Dortmunder Firma, die vor allem Rohrleitungen verlegt, hat Werner Duffe, der heute 29 Jahre alt ist, den Beruf des Schmelzschweißers erlernt. Sein Vater – früher Bergmann und heute Kraftfahrer unserer Schachtanlage Kaiserstuhl – hatte ihm dazu geraten, als er keine Schreinerlehrstelle fand. Aber bald genug hatte Werner Duffe selber Spaß an dem ihm zunächst ganz unvertrauten Beruf. Gern und mit Spannung schaute er den Gesellen zu, wenn sie ohne jede Anstrengung auch die härtesten Werkstücke durch verbrennendes Heizgas oder die Hitze des elektrischen Lichtbogens flüssig werden und zu einer Einheit zusammenfließen ließen. Als er dann selbst zum erstenmal die Schweißzange in der Hand hielt, merkte er, wie schwierig das kinderleicht Anzusehende wirklich ist. Doch Geschick und Übung taten im Lauf der Zeit das ihre, und so gewann er bald das Gefühl dafür, mit welcher Geschwindigkeit und mit welchem Abstand die Elektrode über das Werkstück zu führen ist, damit der Lichtbogen die richtige Länge hat und das Schmelzbad nicht tropft und dennoch flüssig genug ist.

Hohe Gefahr durch schlechte Schweißnaht

Als Werner Duffe 1954 ausgelernt und den Gesellenbrief in der Tasche hatte, bewies er an vielen Baustellen, daß er alle vorkommenden Schweißarbeiten beherrschte. Bei dieser Arbeit am Bau, die ja nur durch Stichproben überprüft werden kann, wurde ihm schnell klar, wie leicht eine schlechte Schweißnaht – um nur zwei Beispiele zu nennen – zum Zusammenbruch einer ganzen Rohrkonstruktion oder auch zur Explosion eines Erdgasrohres führen kann. Nun sah er auch ein, daß der Schweißer, von dessen einwandfreier Arbeit oft genug der Bestand hoher Werte und die Sicherheit vieler Menschen abhängen, alle zwei Jahre von neuem sein Können beweisen muß...

Ein Mann zwischen vier Frauen

Im Jahre 1958, als Werner Duffe bei unserem Baroper Rohrwerk die Arbeit aufnahm, hat er geheiratet. Des häufigen Umherziehens müde, gründete er eine Familie, in der er heute als einziger Mann zwischen vier Frauen – er hat drei Töchter: Petra, Heike und Andrea – Hahn im Korb ist. Da die Töchter am liebsten mit ihrem Vati spielen, hat er sein langgehegtes Steckenpferd – das Luftgewehr- und Kleinkaliberschießen – auf den Sonntagvormittag beschränkt. Im Kreis alter Freunde beweist er dann, daß die bei der täglichen Arbeit geübte sichere Hand auch dem Steckenpferd zugute kommen kann.

◀ Werner Duffe hat eine sichere Hand; das beweist er auch bei seinem Steckenpferd, dem Luftgewehr- und Kleinkaliberschießen

▶ Eine ruhige Hand und viel Übung braucht der Schweißer, wenn er eine fehlerfreie Naht „legen“ will





▲ Anlässlich einer Kirchenvisitation im Kirchenkreis Dortmund besuchte der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen D. Ernst Wilm mit einer Gruppe evangelischer Geistlicher am 27. April die Hoesch AG Westfalenhütte. Bei ihrem Rundgang an der Breitbandstraße und im Kaltwalzwerk gewannen die Besucher Einblick in die Arbeitswelt vieler Dortmunder Gemeindemitglieder. Anschließend Referate unterrichteten sie über die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Werkes und über den Zusammenschluß der Hoesch AG mit der Dortmund-Hörder Hüttenunion und die geplante enge Zusammenarbeit mit den Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken, über die Arbeitsdirektor Walter Hölkeskamp und Alfred Simon, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Westfalenhütte und Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG, sprachen. In der Diskussion mit leitenden Herren der Hoesch AG, der Westfalenhütte und des Betriebsrates kamen Fragen der Mitbestimmung, die Auswirkungen des Strukturwandels, die veränderte Lage der Bergleute nach der Stilllegung der Zeche Kaiserstuhl und der von Hoesch entwickelte Sozialplan zur Sprache. Auf unserem Bild Präses Wilm (Mitte), Landeskirchenrat Dr. Freese und Pfarrer Arning im Gespräch mit Dr. Harald Koch vom Vorstand der Hoesch AG.



▲ In der Woche vom 23. bis zum 27. Mai waren Mitglieder des Unternehmensrates (unserem Betriebsrat verwandt) der Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken, Gäste von Hoesch, um Fragen der betrieblichen Zusammenarbeit und des innerbetrieblichen Informationswesens zu besprechen. Auf unserem Bild sehen wir die holländischen Gäste vor einem Steuerpult im Stahlwerk III der Westfalenhütte. Zum Programm gehörte auch eine Grubenfahrt auf der Zeche Kaiserstuhl. Auf unserem Bild von links nach rechts R. van Aalst, M. H. Lombaers, H. van Wijk, M. J. J. Stelder, P. M. Mulder, H. N. Rijs, Dr. Fritz Meininghaus, P. Vermeulen und J. H. Mak.



▲ Im Rahmen der Dortmunder „Auslandskulturtag Deutschland-Italien“ kamen die Vorsitzenden der deutschen Gruppen der Società Dante Alighieri, Rom, in Dortmund zusammen. In den über die ganze westliche Welt verstreuten 440 Zweigvereinen der „Dante-Gesellschaft“ haben sich die Mitglieder zur Aufgabe gemacht, die italienische Sprache und Kultur zu pflegen. Das Treffen in Dortmund am 11. Mai gab Gelegenheit, ein Hüttenwerk – die Hoesch Westfalenhütte – zu besuchen. Auf unserem Bild sehen wir die Vereinsvorsitzenden aus dem Bundesgebiet nach der Besichtigung, bei der Dr. Wilmes, Referent für Arbeitssicherheit bei der Hoesch AG und Vorsitzender der Dortmunder Dante-Gruppe in der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft die Führung übernommen hatte.



▲ Sechzig Jahre verheiratet und glücklich dabei sind nach eigenen Worten die Eheleute Carl und Anna Cramer, die am 4. Mai das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feiern konnten. Der vielen älteren Mitarbeitern bekannte Carl Cramer gehörte 52 Jahre der Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg an. Er begann 1901 als Strecker, wurde Walzer und arbeitete als 1. Fertigwalzer dreißig Jahre lang an der Straße 6. Zu seinem Ehrentag gratulierten ihm Obermeister Wilhelm Süßberg im Auftrage der Betriebsleitung und der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Beiratsmitglied Walter Wellmann im Namen der Betriebsvertretung und der Belegschaft. Auf unserem Bild das Ehepaar Cramer und seine Tochter.

Wir wählen unseren sechsten Landtag



Zu den Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966

Von den über sechzehn Millionen Einwohnern unseres Landes sind elf Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, am 10. Juli mit ihrem Stimmzettel einen neuen Landtag zu wählen und damit eine ihrer vornehmsten Bürgerpflichten zu erfüllen. Es wird das sechste Parlament in einem Bundesland sein, dessen Geburtsstunde am 2. Oktober 1946 schlug, als uns die Besatzungsmächte wieder an der Verwaltung traditioneller oder neu gebildeter Länder der Bundesrepublik beteiligten. Seit sechzehn Jahren hat dieses Land eine eigene Verfassung; das Wappen mit dem springenden Pferd, dem Rhein und der Lippischen Rose wurde ein gemeinsames Symbol für die Menschen zwischen Rhein und Weser, unter denen seit Jahrhunderten über die Grenzen von Regierungsbezirken hinweg viele Wechselbeziehungen bestanden. Um so leichter war das Zusammenwachsen zu einem neuen politischen Gefüge, dem in seiner Größenordnung, mit seiner Bevölkerungsdichte und mit der wiederauflebenden wirtschaftlichen Kraft in der Bundesrepublik eine besondere Stellung und Bedeutung zufiel.

Zwischen Stadt und Bund

Alle vier Jahre sind wir aufgerufen, die Zusammensetzung des Parlaments dieses Landes nach unserem Willen zu bestimmen. Im vorigen Jahr wählten wir einen neuen Bundestag, nachdem wir im vorangegangenen Herbst neue Männer und Frauen in die Kreis- und Stadtparlamente berufen hatten. Viele Wähler setzten ihr Kreuz auf dem Stimmzettel hinter dieselben Parteien, andere verteilten ihre Gunst. Bundespolitik und Kommunalpolitik, das sind „zwei Paar Schuhe“, wie der politisch wache

„Mann auf der Straße“ sagt. Und wieder anders ist die Aufgabe der Parteien, die uns ihre Kandidaten jetzt für die Landespolitik vorstellen. In einem Land dieser ganz eigenen Struktur haben die Parteien stärker als anderswo ein betont wirtschaftspolitisches und soziales Profil. Sie stehen in der schweren Verantwortung, in einem für die wirtschaftliche Grundlage der Bundesrepublik wichtigen Land den hier besonders spürbaren Prozeß struktureller Wandlung zu überwachen und zu lenken. Über die wirtschaftlichen Probleme aber dürfen die von uns in die Verantwortung gestellten Politiker die geistigen und kulturellen Ansprüche der sechzehn Millionen Menschen nicht vergessen. Eine moderne Industriegesellschaft braucht zum Beispiel moderne Schulsysteme, Bildungsstätten und kulturelle Einrichtungen.

Unsere Vertreter: die Parteien

„Die Parteien“, das sind keine abstrakten Gebilde, keine wählerfernen Verbände, keine eigenen Interessengruppen. Parteien sind notwendige Einrichtungen im politischen Leben eines demokratischen Volkes: Ohne Parteien kein demokratischer Staat. Nach dem Grundgesetz ist ihr ständiger Auftrag, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Das Volk findet seine Vertretung in Parteien, ist aber nicht selbst Partei. Der Staat ist in seiner inneren Festigkeit und äußeren Beweglichkeit vom demokratischen, konstruktiven Verhalten der Parteien abhängig. Wohin aber deren Weg führt und wie er beschritten wird, das liegt in der Hand der Wähler – auch wenn sie nur alle vier Jahre an der Wahlurne ein „Vorwärts“ oder „Halt“ gebieten. Denn zwischen den Wahlen ist der Bürger nicht aus der Mitverantwortung entlassen. Durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien, Organisationen und Interessenverbänden hat er die Möglichkeit, auf die öffentliche Meinung, die Fraktionen und damit auf Regierung und Parlament einzuwirken. (In diesem Zusammenhang dürfen wir auf 83 der Hoesch-Belegschaftsmitglieder verweisen, die in den Parlamenten der Kreise, Städte und Gemeinden mitwirken. WERK UND WIR berichtete darüber auch nach den letzten Kommunalwahlen in Heft 2/1965.)

Die Mitarbeit der Bürger zwischen den Wahlen

Professor Dr. Ernst Fraenkel von der Freien Universität Berlin behandelte auf dem Kongreß zur politischen Bildung Anfang dieses Jahres in Bonn das Thema: „Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in einer modernen parlamentarischen Demokratie.“ Dabei sagte er: „In seinem politischen Denken ist der Mensch zwar für die Vorstellung einer gerechten Gesellschaftsordnung empfänglich, in seinem politischen Handeln jedoch weitgehend von dem Bestreben bestimmt, seinen eigenen Interessen zu dienen und seine Bedürfnisse bestmöglich zu befriedigen. Hier liegt der Ansatzpunkt für das Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen der politischen Betätigung der Bürger in der parlamentarischen Demokratie. Die moderne parlamentarische Demokratie gestattet ihren Bürgern, auch in ihrer Eigenschaft als Bürger um die Förderung ihrer Interessen besorgt zu sein. Sie ermuntert sie geradezu, dies auf dem einzig wirksamen Wege – nämlich kollektiv zu tun.“

Einzelinteresse und Gemeinwohl

Die Gretchenfrage der dem modernen Industriezeitalter angemessenen Staatsform der parlamentarischen Demokratie lautet, ob es angängig ist, unter ihrer Herrschaft trotz des unterschiedlichen Charakters ihrer Gesellschaftsstruktur von einem Gemeinwohl zu sprechen. Läuft nicht jeder, der heute noch diesen Begriff gebraucht, Gefahr, sich dem Vorwurf des Ideologieverdachts auszusetzen und ein Opfer dessen zu werden, was vor mehr als einem halben Jahrhundert als die große Lebenslüge des Obrigkeitsstaates bezeichnet worden ist?

Mit der für den demokratischen Staat kennzeichnenden Vorstellung der Autonomie politischer Willensbildung ist der Gedanke eines Gemeinwohls in Form eines politischen Aktionsprogramms nicht in Einklang zu bringen. Schließt dies aber – so müssen wir uns fragen – die Möglichkeit eines Gemeinwohls aus, das nicht vorgegeben ist, sondern den Ausgleich der gegensätzlichen Gruppeninteressen darstellt? Diese Frage ist nur dann sinnvoll, wenn man es für möglich erachtet, in den mit der Wahrnehmung von Gruppeninteressen betrauten Verbänden die geeigneten Instrumente zur Überwindung der auseinanderstrebenden Tendenzen zu sehen, die in der Gesellschaft in Erscheinung treten. Das Mit- und Nebeneinander der Gruppen kann nur dann zur Begründung eines Gemeinwohls führen, wenn die Spielregeln des politischen Wettbewerbs mit Fairneß gehandhabt werden, wenn die Rechtsnormen, die den politischen Willensbildungsprozeß regeln, eingehalten werden, und wenn die Grundprinzipien gesitteten menschlichen Zusammenlebens uneingeschränkt respektiert werden.

Die Verbände sind dazu berufen, dem einzelnen die Möglichkeit zu eröffnen, einen Ausweg aus der Isolierung und Vereinsamung zu finden, die ihn im Industriezeitalter bedroht. Denn die Mitwirkung des Bürgers an öffentlichen Angelegenheiten darf sich nicht darauf beschränken, alle vier Jahre zur Wahlurne zu gehen und durch seine Stimmabgabe Einfluß darauf auszuüben, welches Team im Bereich der Politik regieren soll – so wichtig dies auch ist. Die Mitwirkung des Bürgers muß die Möglichkeit einschließen, durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in den Interessenorganisationen an der Regelung der Alltagsfragen teilzunehmen, die ihn unmittelbar berühren.“

Die Parteien haben das Wort



Wir baten die Fraktionsvorsitzenden der drei im Landtag vertretenen Parteien, für WERK UND WIR einige Gedanken zur bevorstehenden Wahl niederzuschreiben. Sie kamen unserer Bitte gern nach, wofür wir uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken. Hier ihre Beiträge:

„Die Zukunft gewinnen“

Von Dr. Wilhelm Lenz,
Vorsitzender der CDU-Fraktion



Gewaltiges ist seit Kriegsende geschaffen worden. Die Phase des Wiederaufbaus ist im wesentlichen abgeschlossen. Jetzt gilt es, das Geschaffene zu sichern und auszubauen. Eine neue Aufgabe stellt sich: die Zukunft zu gewinnen, die bereits begonnen hat.

Wir müssen lernen, in größeren Dimensionen zu denken. Politik von heute ist Vorbereitung auf das Jahr 2000. Die Welt ändert sich in immer schnellerem Tempo. Im Jahre 2000 wird die Menschheit weiter vom Jahre 1945 entfernt sein, als sie in diesem Jahr vom Mittelalter entfernt ist. In dieser Bewegung müssen wir immer wieder prüfen, ob wir noch auf dem richtigen Wege sind. Nüchterne Analysen sind erforderlich. Dieser Aufgabe dienen umfassende wissenschaftliche Gutachten, die in den vergangenen Jahren im Auftrage der von Ministerpräsident Dr. Meyers geführten Landesregierung erarbeitet worden sind. Auf der Grundlage dieser Gutachten, aus denen sich die gebotenen Aufgaben der Zukunft ergaben, ist damit begonnen worden, durch gezielte Maßnahmen und den Einsatz großer finanzieller Mittel die Wirtschaftsstruk-

tur unseres Landes zu verbessern und damit die Grundlage für die Erhaltung und Erweiterung des Wohlstandes in der Zukunft zu legen. Entschlossen in die Zukunft denkend, entwickelte die CDU-Landtagsfraktion „Leitsätze zur Raumordnung und Strukturpolitik“. Die gewaltigen Aufgaben reichen – um nur einige zu nennen – von der Städtesanierung und Dorf-erneuerung, dem beschleunigten Ausbau des Schulwesens und des Straßennetzes, der Schaffung ausreichender Grünanlagen, der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe in industriell einseitig strukturierten oder wirtschaftlich schwachen Gebieten des Landes, der Modernisierung der Landwirtschaft, der Förderung des Fremdenverkehrs bis hin zur Reinhaltung von Luft und Wasser. Auch der soziale Wohnungsbau muß zielstrebig fortgesetzt werden. Der Strukturkrise im Steinkohlenbergbau gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie wird gelöst werden. 215 000 neue Arbeitsplätze wurden von 1958 bis 1965 an der Ruhr geschaffen. Weitere werden folgen. Zu den großen, in die Zukunft weisenden Aufgaben der Landespolitik gehören entscheidend die Förderung von Wissenschaft und Forschung und die energische Weiterentwicklung unseres Schulwesens mit dem Ziel einer größtmöglichen Bildungschance für alle Bevölkerungskreise. In der Erkenntnis dieser politisch bedeutenden Aufgabe hat die CDU-Landtagsfraktion „kulturpolitische Leitsätze“ erarbeitet. Mit den Leitsätzen hat die CDU eine politische Initiative auf dem Gebiet der Bildung, der Schule, der Wissenschaft und Forschung ergriffen, die ein Weg nach vorne ist. Die CDU-Landtagsfraktion ist entschlossen, die in den Leitsätzen angesprochenen Aufgaben zügig zu lösen. Jede dritte Mark des Zehn-Milliarden-Landesetats wird heute schon für kulturelle Zwecke, für Schulen und Hochschulen, für Wissenschaft und Forschung ausgegeben. Der Bau drei neuer wissenschaftlicher

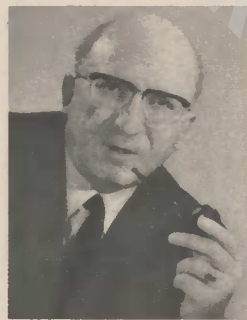
Hochschulen ist beschlossen. An der neuen Ruhruniversität in Bochum wurde der Lehrbetrieb aufgenommen.

Vorbedingung zur Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben ist eine verantwortungsbewußte Finanz- und Etatpolitik. Der Staat darf nicht mehr ausgeben als er einnimmt. Die Parlamentarier müssen den Mut haben, sich den finanziellen Forderungen von Interessengruppen auch zu widersetzen, wenn es noch so unpopulär sein mag. Bund, Länder und Gemeinden tragen gemeinsam mit den Tarifpartnern die Verantwortung für unsere Währung, die gegenwärtig immer noch eine der besten der Welt ist. Weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Zukunft ist eine moderne, rationell und „auf kürzestem Wege“ arbeitende Verwaltung. Auf Initiative der Regierungsparteien ist auch auf diesem Gebiet bereits einiges in Bewegung gekommen.

Die Christlich-Demokratische Union, in Nordrhein-Westfalen repräsentiert durch Landesregierung und Landtagsfraktion, hat die Aufgaben, die zur Bewältigung der Zukunft uns aufgegeben sind, klar erkannt, ihre Verwirklichung zum großen Teil in Angriff genommen, und sie wird alles daransetzen, den Menschen an Rhein und Ruhr eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

„Vertrauen erhalten“

Von Heinz Kühn, Vorsitzender der SPD-Fraktion



Die Hoesch AG hat im Laufe von knapp einem Jahr zwei wichtige Entscheidungen gefällt, die beispielhaft sind für unsere wirtschaftspolitische Situation. Ich meine einmal den Beschluß über die Stilllegung der Schachtanlage Kaiserstuhl und zum

anderen die Beschlüsse über die Zusammenarbeit der Hoesch AG mit der Dortmund-Hörder Hüttenunion und der Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken in Ijmuiden. Die Stilllegung der Schachtanlage Kaiserstuhl, die mit einer Förderung von über 3,1 Tonnen pro Mann und Schicht zu den besten Zechen an der Ruhr zählte, ist ein Beweis für die Fehler und Versäumnisse der Energiepolitik in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen. – Die über die Grenzen hinwegreichende enge Zusammenarbeit, wie sie zwischen Dortmund und Ijmuiden stattfindet, zeigt uns, daß die traditionellen industriellen Grundlagen unseres Landes immer noch ausreichen für mutige und fortschrittliche Weiterentwicklungen. Die Arbeiten des neuen Landtags und der neuen Landesregierung werden vor allem darin bestehen müssen, Versäumnisse der bisherigen Politik aufzuholen und fortschrittliche neue Wege zu gehen.

Drei Herausforderungen werden wir Menschen dieses letzten Drittels unseres Jahrhunderts zu bestehen haben: die Konsequenzen des Prozesses der Industrialisierung, der Demokratisierung und der Internationalisierung. Tiefgreifende produktionstechnische Wandlungen, neue Energieträger und neue Techniken, Automation und Kybernetik, stellen uns mit allen Gefährdungen und Chancen für unsere Freiheit vor neue wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgaben; vor die Aufgabe, den Staat immer mehr zu dem werden zu lassen, was er seiner wahren sittlichen Natur nach sein muß: die organisatorische Lebensform der Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit für alle seine Bürger.

Das Ruhrgebiet ist immer noch eine der kon-

zentriertesten industriellen Zusammenballungen der Welt. Aber über der Ruhr liegen heute die Schatten mannigfacher Nöte. Das wirtschaftliche Wachstum in diesem Raum droht zu erlahmen. Die Aufgabe aller verantwortlichen Politiker muß es dann sein, den Übergang in eine neue Zukunft reibungslos vor sich gehen zu lassen. Regieren muß heißen: vorausschauend handeln.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird deshalb ihre Forderung aus dem Jahr 1958 verwirklichen und ein Sachverständigen-gremium berufen, das zur Beratung von Landesregierung und Landtag für alle energiepolitischen Probleme, insbesondere für die mit der Steinkohle zusammenhängenden Fragen, zur Verfügung steht. Die SPD wird den Absatz der Steinkohle nachhaltig fördern, vor allem in der Elektrizitätswirtschaft und in der Eisen- und Stahlindustrie und für einen wirksamen Schutz der Steinkohle vor dem sie zunehmend gefährdenden Verdrängungswettbewerb eintreten. Sie wird für eine Abwendung aller Einkommensverluste eintreten, die den Bergarbeitern bei Feierschichten entstehen und gegebenenfalls in Vorlage treten, bis eine endgültige Regelung erreicht ist.

Eine SPD-Landesregierung wird ihre Forderungen nach Verbesserung der Wirtschaftsstruktur verwirklichen und beschleunigt ein regionales Förderungsprogramm zur Überwindung der strukturellen Probleme in den von Zechenstilllegungen betroffenen Gebieten entwickeln. Die SPD wird dafür sorgen, daß ständig alle notwendigen aktuellen und zuverlässigen wirtschaftlichen Daten veröffentlicht werden, die Auskunft geben können über strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft.

Die SPD wird unverzüglich und verstärkt die Voraussetzungen schaffen, um in allen Teilen unseres Landes eine gesunde, gemischte Wirtschaftsstruktur als Grundlage für einen echten Leistungswettbewerb zu erreichen, und zwar durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach einer umfassenden Verkehrsplanung, durch Sicherung ausreichender Energie- und Wasserversorgung, durch Hilfen zur Aufschließung von Industriegelände, durch verstärkten Wohnungsbau nach den Grundsätzen sinnvoller Zuordnung von Wohnungen und Arbeitsstätten und schließlich – aber nicht zuletzt – durch den Ausbau des Schulwesens sowie der öffentlichen kulturellen Einrichtungen besonders in den Förderungsgebieten.

„Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern“

Von Walter Möller,
Vorsitzender der FDP-Fraktion



In dieser Landtagswahl, die die Bürger Nordrhein-Westfalens zu einer politischen Entscheidung aufruft, geht es um mehr als um reine Landespolitik: nur wenn die jetzige Koalition von CDU und FDP bestätigt wird, kann im Bund eine beständige Politik betrieben werden, andernfalls würden vor der Politik der Bundesregierung im Bundesrat Schranken aufgebaut, die eine reibungslose Arbeit in Frage stellen. Insofern wird am 10. Juli auch über die Bundespolitik entschieden. Wir Freie Demokraten haben uns für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU entschieden, allerdings unter der Voraussetzung, daß die CDU keine absolute Mehrheit erhält, während die anderen Parteien sich über mögliche politi-

sche Bindungen nach der Wahl freie Hand lassen wollen.

In einer Koalition der CDU mit der FDP glauben wir eine liberale Kulturpolitik weiterführen zu können. Für die kommende Legislaturperiode im neuen Landtag haben wir uns eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern als die hervorragende Aufgabe gestellt. „Ebenso wie wir die Zwergschulen ablehnen, so drängen wir darauf, daß durch eine kommunale Neuordnung die Zwerggemeinden verschwinden und lebenskräftigen Gemeinden Platz machen. Den Anfang haben wir mit der Zusammenlegung von 21 Gemeinden zu drei Städten im Siegerland gemacht. Auf diesem Wege müssen wir fortfahren, das heißt: nicht nur bei den Gemeinden stehenbleiben, sondern auch eine Neuordnung der staatlichen Mittelinstanzen herbeiführen, die Landesministerien entlasten und die Wege „von unten nach oben und von oben nach unten“ verkürzen und damit den Wirrwarr in der Verwaltungsarbeit beseitigen.“

Nur wenn diese Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern durchgeführt wird, lassen sich eine moderne Landesplanung und Strukturpolitik verwirklichen. Nur so kann insbesondere das Ruhrgebiet durch die Ansiedlung neuer Wachstumsindustrien krisenfest gestaltet werden: wir brauchen neue Arbeitsplätze in Betrieben mit Zukunft! Bei der Umformung der Struktur unseres Landes gilt für uns der Leitsatz: „Neugestaltung zugunsten des Menschen und nicht zu seinen Lasten“. Hierfür bietet die Initiative des von uns gestellten Wirtschaftsministers Kienbaum für den Bergmann an der Ruhr ein Beispiel.

Neues wirtschaftliches Leben, das uns auch in Zukunft Wohlstand bringen soll, läßt sich aber nur schaffen, wenn wir unsere ganze Kraft auf den Straßenbau, auf wasserwirtschaftliche Maßnahmen, auf den Bau von Krankenhäusern und Schulen konzentrieren. Das gilt nicht zuletzt für den Wohnungsbau, denn wir müssen – je schneller desto besser – dahin kommen, daß der Mieter nicht nehmen muß, was ihm geboten wird (zu welchem Preis auch immer), sondern daß er zwischen Wohnungen wählen kann. Erst dann haben wir einen freien Wohnungsmarkt, wie wir ihn uns vorstellen.

Wir haben als Abgeordnete unsere Bürger zu vertreten, wir haben Schaden von unserem Volk zu wenden und seinen Nutzen zu mehren. Dazu haben sich Abgeordnete und Minister verpflichtet. Den größten Schaden, den wir unserem Volk zuwenden könnten, wäre eine weitere Schwächung der Kaufkraft unseres Geldes. Ein Wettlauf von Löhnen und Preisen würde auf die Dauer unsere Wirtschaft ruinieren. Nicht nur das Vertrauen unserer Bevölkerung in seine Regierung und seine parlamentarischen Vertretungen, sondern auch das Vertrauen unserer ausländischen Partner in der Weltwirtschaft würde zerstört. Angesichts dieser Gefahr müssen wir eine sinnvolle Rangordnung unserer Aufgaben, von denen ich die wichtigsten genannt habe, schaffen. Nur dann kann die „öffentliche Hand“ dem ganzen Volk und seinen Verbänden und Gruppen ein Beispiel geben. Wer den Staat um Geld angeht, der muß sich immer der Tatsache bewußt bleiben, daß der Staat nur ausgeben kann, was er zuvor seinen Bürgern an Steuern und Abgaben abverlangt. Diese Wechselwirkung werden wir verstärkt in der kommenden Legislaturperiode zu beachten haben. Deshalb darf auch eine die Regierung tragende Fraktion im Landtag sich niemals zum Erfüllungsgehilfen der Regierung degradieren lassen, sie muß auch die Arbeit der Regierung kritisch sehen, sie korrigieren, wo es angebracht ist. Das haben wir mit unseren Streichungsanträgen zum Haushaltsgesetz der Landesregierung getan.

Zwei Hoesch-Mitarbeiter kandidieren

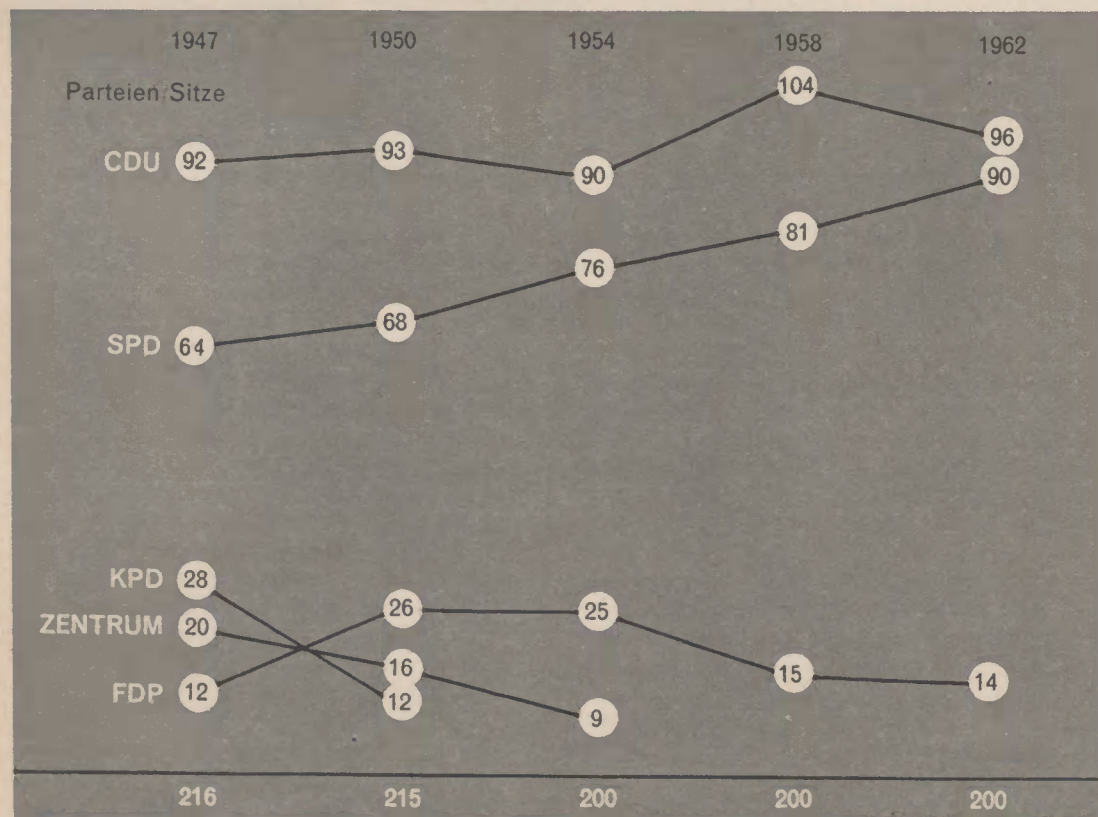


Im neuen Landtag werden aller Voraussicht nach zwei Hoesch-Mitarbeiter Sitz und Stimme haben: Fritz Kinnigkeit aus der Abteilung Wohnungswirtschaft der Hoesch AG Bergbau in Altenessen und Dipl.-Handelslehrer Friedhelm Simelka von unserer kaufmännischen Werkschule in Dortmund (unten).

Fritz Kinnigkeit (45) ist als Parlamentarier schon ein „alter Fuchs“: Zehn Jahre lang gehörte er dem Rat der Stadt Essen an, bevor er 1962 in den Landtag gewählt wurde. Er ist Sprecher der SPD-Fraktion für wohnungspolitische Fragen und stellvertretender Vorsitzender des Fraktions-Arbeitskreises für Wirtschaft und Strukturpolitik. Auch für die neue Legislaturperiode kandidiert er wieder.

Zum erstenmal als Kandidat für den Landtag aufgestellt ist Dipl.-Handelslehrer Friedhelm Simelka (34), den unsere Leser seit 1962 gewiß schon aus manchen Berichten über unsere kaufmännische Werkschule kennen. Er lehrt in der Ausbildung der Lehrlinge und in den Fortbildungskursen mit dem Schwerpunkt Volkswirtschaftslehre. Seit 1960 gehört er der SPD-Fraktion des Stadtparlaments Bochum an, da er dort seinen Wohnsitz hat. Jetzt stellte er sich für die Arbeit im Düsseldorf-Parlament zur Verfügung. Unsere beiden Kandidaten aus dem Hoesch-Kreis treten mit der festen Zuversicht zur Wahl an, mit großer Mehrheit gewählt zu werden.

Sitzverteilung im Landtag nach den Wahlen von 1947 bis 1962



ZUM 1. MAI 1966

Am 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit, zogen Hunderttausende – darunter auch unsere Belegschaftsmitglieder in den verschiedenen Orten, wie unsere Bilder zeigen – zu den traditionellen Kundgebungen der Gewerkschaften, die in diesem Jahr unter der Hauptlosung: „Dabeisein – Mitbestimmen – Erfolg haben“ standen.

„Gleichberechtigt das wirtschaftliche Leben mitbestimmen“

Im Mittelpunkt des Aufrufs des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai stand die Mahnung an die Verantwortlichen in der ganzen Welt, den Frieden zu sichern: „Gesellschaftsordnungen, Ideologien und Weltanschauungen dürfen sich nur im friedlichen Wettstreit bewähren – ein Krieg vernichtet sie alle. Krieg ist kein Mittel der Politik mehr, sondern birgt die Gefahr der Ausrottung der Menschheit in sich.“

Weiter erklärte der Bundesvorstand nachdrücklich: „Die deutschen Arbeitnehmer sind fähig und bereit, gleichberechtigt das wirtschaftliche Leben unseres Landes mitzubestimmen und mitzuverantworten. Es ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig, im politischen Leben den Arbeitnehmern gleiche Rechte zu gewähren und gleiche Pflichten aufzuerlegen, sie aber im wirtschaftlichen Bereich nach wie vor als Untertanen zu behandeln. Wir wehren uns im Namen unserer Mitglieder gegen die anmaßende Behauptung, daß nur wenige hundert Industriekapitäne und Wirtschaftsmanager in der Lage seien, für die Mehrheit des Volkes die wirtschaftliche Zukunft verbindlich zu bestimmen. Wir erwarten von Bundestag und Bundesregierung, daß sie angesichts der guten Erfahrungen mit der qualifizierten Mitbestimmung in der Montanindustrie noch in dieser Legislaturperiode die Mitbestimmung auch in den Großunternehmungen der übrigen Wirtschaftszweige einführen. Die Mitbestimmung ist der beste Weg, alle Kräfte und Fähigkeiten unseres Volkes für den friedlichen Wettstreit mit den anderen Nationen der Welt zu mobilisieren.“

Tarifpartner müssen zur Stabilisierung beitragen

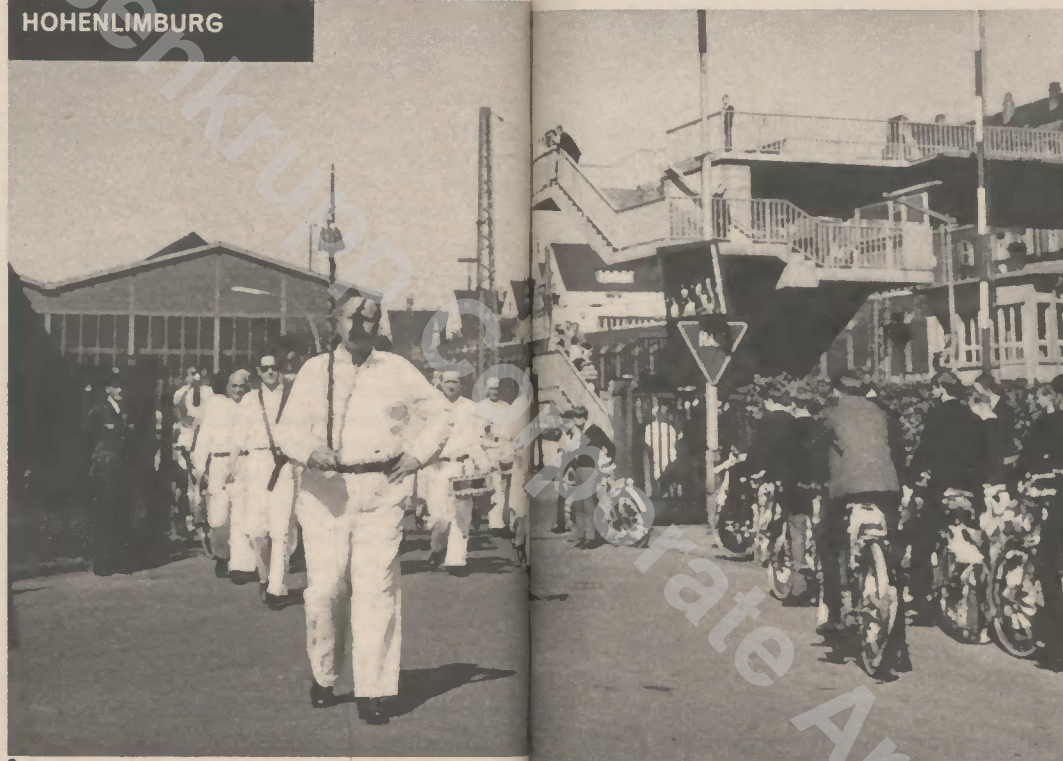
Als Antwort auf diesen Aufruf des DGB veröffentlichte Professor Siegfried Balke, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, eine Erklärung zum 1. Mai, in der er vor allem die Notwendigkeit wirtschaftlicher Stabilisierung betonte. In der Erklärung heißt es: „Die innere Situation der Bundesrepublik zwingt die Tarifpartner, am 1. Mai 1966 verschärft über die eigene Verantwortung und den Beitrag nachzudenken, den sie zur Stabilisierung unserer wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung leisten können. Mit den Gewerkschaften sind wir der Auffassung, daß die öffentliche Hand in Bund, Ländern und Gemeinden die Ausgabenpolitik beschränken und auf die Zuwachsraten des realen Sozialprodukts Rücksicht nehmen muß. Natürlich ist diese Forderung der sozialen Partner nur glaubwürdig, wenn sie nicht selbst Forderungen an die öffentliche Hand stellen, die im Falle der Realisierung die gewünschte Zuwachsraten über das zu verantwortende Maß hinausheben würden... Die Tarifpartner wirken aber auch unglaublich, wenn sie nur ‚vom anderen‘ eine zurückhaltende Ausgabenpolitik verlangen und selbst keinerlei Maßstäbe für den Anstieg der Kosten der Löhne und Arbeitsbedingungen anerkennen. Am 1. Mai 1966 betonten die Arbeitgeber erneut, daß es ohne einen sichtbaren Beitrag der Tarifpartner keine erfolgreiche Stabilisierung in der Bundesrepublik geben wird.“

Zur gewerkschaftlichen Forderung nach ausgedehnter Mitbestimmung heißt es in der Erklärung: „In der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften wird auch nach dem 1. Mai die Mitbestimmungsforderung eine wichtige Rolle spielen. Wir halten es für abwegig, wenn der DGB in seinem Maiaufruf behauptet, daß die Arbeitnehmer im wirtschaftlichen Bereich nach wie vor als ‚Untertanen‘ behandelt würden. Wir wollen nur freie Arbeiter und Angestellte und respektieren unsere Mitarbeiter in diesem Sinne – gleichgültig, welche Mitbestimmungsregelungen im Betrieb bestehen.“

HAGEN



HOHENLIMBURG



DORSTEN



DORTMUND

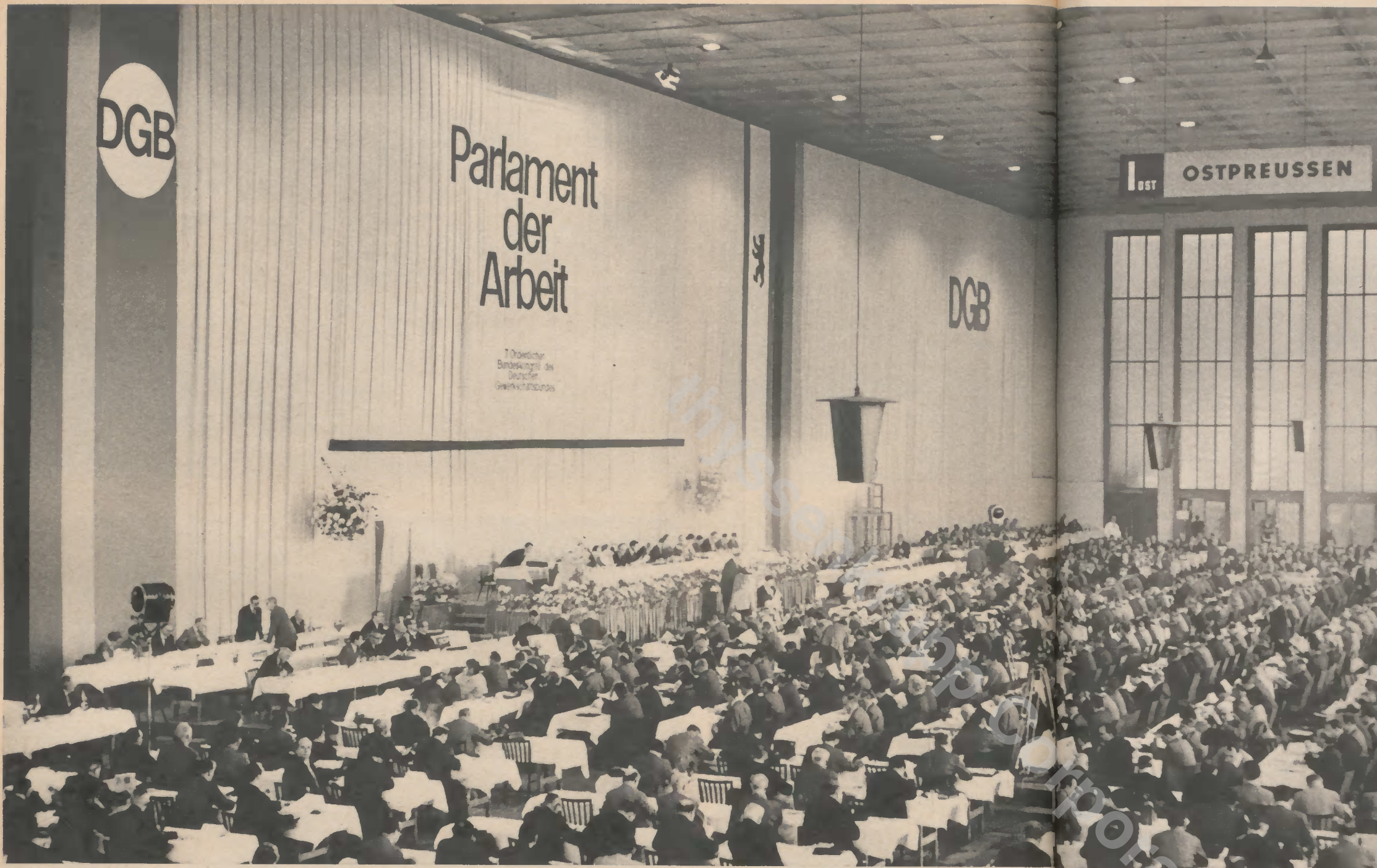


ALTENESSEN



BOCKUM-HÖVEL





Zum 7. ordentlichen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin



Die alte deutsche Hauptstadt war in diesem Jahr Tagungsort des „Parlaments der Arbeit“, dem 7. ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In der Ostpreußenhalle unter dem Funkturm versammelten sich 440 Delegierte der 6,5 Millionen Mitglieder von sechzehn Gewerkschaften. In der Woche vom 9. bis 14. Mai steckten sie die Ziele der gewerkschaftlichen Arbeit in den nächsten Jahren ab. 300 Anträge und Entschließungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zum Arbeits- und Tarifrecht, zur Bildungs- und Kulturpolitik und nicht zuletzt zur Demokratisierung der Wirtschaft in einem sozialen Rechtsstaat waren Gegenstand freier, oft harter, aber immer sachlicher Diskussionen. In Offenheit traten die verschiedenen geistigen Strömungen in dieser größten Arbeitnehmerorganisation zu Tage, immer war jedoch das Ziel erkennbar, die gemeinsam zu beschreitenden Wege bei der Mitgestaltung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens abzustecken. Bei der Eröffnung des Kongresses im Haus des Rundfunks konnte der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, an der Spitze zahlreicher Gäste Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke be-

◀ Bei der Eröffnung des Kongresses im Haus des Rundfunks in der ersten Reihe der Gäste von links: Regierender Bürgermeister Willy Brandt, Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke, Ludwig Rosenberg und Hermann Beermann vom Bundesvorstand des DGB

grüßen, der noch wenige Tage vorher auf der Mai-Kundgebung in Berlin die Bedeutung freier und unabhängiger Gewerkschaften gewürdigt hatte. Starken Beifall fand der Regierende Bürgermeister der gastgebenden Stadt, Willy Brandt, als er den Dank an die Gewerkschaftsbewegung für den aktiven Anteil an der Berliner Nachkriegsgeschichte aussprach. Vizepräsident Erwin Schöttle überbrachte die Grüße des Deutschen Bundestages, Hans Katzer, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, stellte die staatspolitische Bedeutung des Kongresses heraus, Bundesminister Bruno Heck (CDU), Fritz Erler (SPD), Gerhart Habernicht (FDP) und Minister Hans Schütz (CSU) überbrachten die Grüße der Parteien. Grußworte der Kirchen sprachen Präses D. Wilm und Monsignore E. Klausener. Worte des Vertrauens zu diesem Parlament der Arbeit brachte der Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland Dr. Hendrick van Dam zum Ausdruck. Erster Höhepunkt für die Öffentlichkeit, die durch zahlreiche Vertreter der Presse, des Rundfunks und Fernsehens täglich ausführlich unterrichtet wurde, war das Grundsatzreferat von Ludwig Rosenberg, der mit dem gesamten Vorstand vom Kongreß wieder an die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes berufen worden war. Seinen bedeutsamen Ausführungen unter dem Thema „Gewerkschaften im sozialen Rechtsstaat“ entnehmen wir die hier folgenden wichtigsten Abschnitte.

Gewerkschaften im sozialen Rechtsstaat



Ludwig Rosenberg stellte an den Beginn seiner Rede eine klärende Betrachtung des Begriffes „Sozialer Rechtsstaat“, der im Grundgesetz der Bundesrepublik Inhalt und Auftrag des Staatswesens definieren sollte, in dem wir leben, und in dem die

Gewerkschaften Aufgaben und Verpflichtungen tragen. Er sagte:

„Der Begriff ‚sozialer Rechtsstaat‘ hat nur dann einen wirklichen Sinn, ist nur dann mehr als Deklamation, wenn er für die Auslegung des Grundgesetzes zwingende Bedeutung erhält, die vor keiner Einzelbestimmung halt machen kann. Er hat nur dann einen Sinn, wenn er den Geist bezeichnet und den Willen und Zweck aller Bestimmung des Grundgesetzes durchdringt. Er hat nur dann einen Sinn, wenn er den Auftrag beinhaltet, daß dieser soziale Rechtsstaat nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit aufgebaut sein soll, daß das gesamte Recht eine soziale Tendenz haben soll – zum Unterschied eben zum Obrigkeitsstaat und zum liberalen Rechtsstaat.“

Von der Absicht, der Zielsetzung und dem Willen der Menschen hängt es ab, diesen Begriffen den zeitgemäßen Inhalt zu geben, der sie allein mit Leben erfüllt. Das ewige Problem, dies im praktischen Leben eines Volkes und eines Staates miteinander zu vereinbaren, der unbestreitbare Konflikt, der sich immer wieder dabei auftut, die große Verpflichtung zu ernster und ständiger Prüfung, die uns diese Aufgabe auferlegt – dem allen gerecht zu werden ist in Wahrheit die Probe, die eine Gemeinschaft freier Menschen ständig und täglich zu bestehen hat.

Das kann nicht allein durch Grundgesetz und durch Rechtsnormen erzwungen oder gesichert werden. Das kann nicht von Staatsrechtlern oder von den Vätern der Verfassung geschaffen werden. Das wächst aus dem lebendigen Bewußtsein einer Gemeinschaft von Staatsbürgern, die den Sinn und die Aufgaben ihrer Gemeinschaft verstehen, die sich dieser Aufgabe verpflichtet fühlen und die mit heißem Herzen und kühlem Verstand ständig an der Verwirklichung der ihnen durch sie selbst gestellten Aufgabe mitwirken, mitschaffen und sich keiner Verpflichtung auch nur einen einzigen Tag entziehen.

Es gibt keinen demokratischen Rechtsstaat, wenn die Mehrzahl der Bürger dieses Staates keine wirklichen Demokraten sind und sich ihrer Verpflichtung in einer Demokratie nicht gewachsen zeigen.

Es gibt keinen sozialen Rechtsstaat, wenn der Auftrag der Verfassung sich nicht in der geistigen Verfassung der Regierenden, der Verwaltenden und der Staatsbürger zu wirklichem Leben im Alltag – im Kleinsten und im Größten – darstellt.

Und es gibt keinen Rechtsstaat, wenn dieser Begriff zum exklusiven Sondergebiet von Juristen und Staatsrechtlern wird und nicht Rechtsstaatlichkeit, Recht und Gerechtigkeit bei allen Bürgern dieses Staates zur heiligen, verpflichtenden Aufgabe wird und ihr Denken und Handeln entscheidend bestimmt.

Der demokratische und soziale Rechtsstaat steht solange nur in der Verfassung, solange die Bürger dieses Staates diese Verfassung nicht mit Einsatz ihrer Persönlichkeit zu wahren Leben erwecken. Denn nicht die geschriebene Verfassung allein ist entscheidend. Ent-

scheidend ist die Verfassung, in der das Volk lebt und denkt. So erst wird aus Verfassungsauftrag Verfassungswirklichkeit.“

Aufgaben für jeden einzelnen

Ludwig Rosenberg wandte sich eingehend der ständig neu gestellten Aufgabe zu, Verfassungsauftrag zur Verfassungswirklichkeit werden zu lassen und stellte die Aufgaben und Bedeutung der großen Massenorganisationen wie die Gewerkschaften als positive Kräfte unserer Gesellschaft heraus, ohne die eine moderne Demokratie nicht funktionieren könne. Jeder Bürger, der es mit Demokratie und seiner Verpflichtung ernst meine, könne in den Organisationen und durch sie an der Gestaltung seines Staates mitwirken.

„Es ist Recht und Pflicht der Gewerkschaften“, so fuhr er unter starkem Beifall des Kongresses fort, „wachsam zu sein gegen alle Bestrebungen und Versuche, die Demokratie in diesem Lande auszuhöhlen, sie zu unterwandern, sie zu mißbrauchen, sie ihres wahren und echten Inhalts zu berauben.“

Wir beklagen mit gutem Grund und vollem Recht, daß dieser Staat und dieses Volk zwar sehr klar die Gefahren erkennt, die kommunistischer Totalitarismus unserer Freiheit und Demokratie bedeuten kann, aber die Gefahren des Rechtsradikalismus nicht sehen will und bagatellisiert. Wir wissen, daß dieses Volk weit mehr anfällig ist für die Pest des Nazismus, als für die Unterwanderung durch die Freunde Ulbrichts. Und wir verlangen mit vollem Nachdruck und aller Verantwortung, die wir für diesen Staat und dieses Volk fühlen, daß unser Parlament, unsere Regierung und unsere Justiz rücksichtslos unsere Freiheit und Demokratie gegen jede Bedrohung – auch gegen die von rechts – wirksam schützt. Denn wir wollen nicht noch einmal erleben, daß die demokratischen Spielregeln von Falschspielern mißbraucht werden, um die Demokratie und die Demokraten zu ermorden.

Die große Bewegung, die sich Gewerkschaften nennt, kann nicht zufrieden sein mit einer Gesellschaft und einer Wirtschaft, in der der materielle Wohlstand zum einzigen Maßstab allen Tuns gemacht wird. Sie kann auch nicht zufrieden sein mit einem Staat, in dem die Mehrzahl der Bürger an den großen Aufgaben der Allgemeinheit nur dann Anteil nimmt, wenn sie selbst direkt davon betroffen werden.

Demokratie ist mehr als wählen und gewählt werden – mehr als Taktik und geschicktes Manövrieren; mehr als politisches Akrobatentum und bürgerliche Apathie. Demokratie ist Mittel der Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung reifer Menschen. Darum ist ihr nicht gleichgültig, welche wirkliche Bildung unserem Volk auf Schulen und Hochschulen vermittelt wird – ob es nur Fachbildung ist oder Bildung zu Staatsbürgern, die ihre Pflichten erkennen und sie wahrzunehmen verstehen. Darum ist sie im Tiefsten und Innersten ein unversöhnlicher Feind jedes autoritären Regimes – im Staate wie im Betriebe – im öffentlichen wie im privaten Bereich.“

Demokratisierung der Wirtschaft

Mit besonderem Nachdruck ging Ludwig Rosenberg auf das Verlangen nach mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft ein. Er sagte: „Die bestehende freiheitliche Ordnung – auch in der Wirtschaft – kann sich nur erhalten, wenn im Bewußtsein der Mehrheit der Menschen diese Ordnung von allen als die von ihnen gewünschte, von ihnen als gerecht und richtig anerkannte und für sie beste empfunden wird. Trotz aller Mängel müssen sie in dieser Ordnung alles das gesichert und gewahrt sehen, was sie in ihrem Leben als

notwendig, vernünftig und sinnvoll verstehen. Man kann schwerlich behaupten, daß das automatisch in der sozialen Marktwirtschaft garantiert ist. Und man wird – sollte es jemals zu einer Krise kommen – sehr bald erkennen, wie wenig die Mehrzahl der Menschen dann bereit sein wird, für diese Wirtschaftsordnung auch Unannehmlichkeiten und gegebenenfalls Opfer auf sich zu nehmen.

Die angebliche Zufriedenheit, die in Zeiten guter Konjunktur als Beweis für die Uner-schütterlichkeit eines Systems so gern be-schworen wird, ist heute ebensowenig über-zeugend wie vor Kriegsausbruch die unbe-zweifelbare Zufriedenheit der Mehrheit unseres Volkes mit dem Hitler-System und seinen Herrschaftsformen.

Es geht also darum, den für die Verwirklichung der materiellen Grundlagen unserer Konzeption vom freiheitlichen Menschentum richtigen Weg zu finden, der die Menschen mit dieser Wirt-schaft und allen ihren Funktionen enger ver-bindet als das zur Zeit nur und ausschließlich durch ein Arbeitsverhältnis geschieht, das bei jeder ersten Erschütterung in Gefahr gerät."

Der Diskussion nicht ausweichen

„Wenn wir deshalb die Forderung nach Mitbe-stimmung so nachdrücklich erheben“, so fuhr Ludwig Rosenberg fort, „und wenn wir sie als ein Kernstück unserer wirtschaftspolitischen Konzeption mit Recht bezeichnen, so sollte das auf dem Hintergrund des hier Gesagten auch jenen verständlich sein, die sich ständig auf angebliche Gesetze der Wirtschaft berufen, die offenbar rein zufällig nur ihnen und gerade ihnen die alleinige Kommandogewalt über die-ses Gebiet überlassen.“

Wenn ihnen an der Erhaltung einer freiheit-lichen Wirtschaftsverfassung wirklich so viel gelegen ist, wie sie ständig behaupten, dann müßten sie aus Vernunft – wenn nicht aus anderen Gründen – mithelfen, Wege zu finden, um diese Wirtschaftsordnung zu einer von allen getragenen und dann auch von allen ver-teidigten zu machen.

Wir warten immer noch auf Vorschläge, die dieses Ziel besser und wirksamer, vernünftiger und wirtschaftlich sinnvoller verwirklichen könnten, als es unsere Vorschläge tun. Wir warten auf die Diskussion, die man ja wohl zu Recht als die Grundlage der demokratischen Meinungsfindung ansieht.

Das Thema Mitbestimmung in der Wirtschaft wird nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden und immer wieder als aktuelle Aufgabe unserer Gesellschaft zur Diskussion stehen. Ebensowenig, wie wir es erstreiken wollen – ebensowenig werden es andere niederstimmen können. Denn es ist ein Thema, das ein Problem unserer Gesellschaftsordnung betrifft, und solche Themen werden durch die Zeit ge-stellt. Ihre Beantwortung – ob positiv oder negativ – hat Folgen, wie auch immer eine zeit-weilige Entscheidung fallen mag. Es ist eine Entscheidung, die Millionen Menschen – ob sie sich heute dessen bewußt sind oder nicht – in ihrer Einstellung beeinflussen werden. So be-trachten wir die Forderung nach Mitbestim-mung in der Wirtschaft als einen wesentlichen Beitrag, ja als eine wesentliche Voraussetzung, diese Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat werden zu lassen."

Zeitgemäße Sozialpolitik

Im weiteren Verlauf seiner Rede umriß Ludwig Rosenberg seine Vorstellungen von einer zeit-gemäßen Sozialpolitik. Dabei sagte er: „Als erste Aufgabe der Wirtschaftspolitik betrachten wir die Sicherung der Vollbeschäftigung, die sich gerade in einer Zeit ständig technischer Neuerungen und struktureller Veränderungen

als besonders vordringlich erweist. Sie ist auch die beste Sozialpolitik. Das Arbeitsamt als Un-fallstation für eine verfehlte Wirtschaftspolitik entspricht nicht der Vorstellung, die wir haben. Die Notwendigkeit einer entsprechenden be-ruflichen Ausbildung zur Bewältigung der durch technische Entwicklung bedingten be-ruflichen Veränderungen und der Gefahren des sozialen Abgleitens sind unaufschiebbare Aufgaben des Staates, der Wirtschaft und der Gewerkschaften, die nur gemeinsam gelöst werden können.

Ebenso sind es die Fragen der Arbeitssicher-heit und der allgemeinen vorbeugenden Ge-sundheitsmaßnahmen, die nicht nur das Anlie-gen der Betroffenen, sondern der Gemeinschaft sind und in wirkungsvoller und zuverlässiger Weise nur von ihr gelöst werden können.

Wenn diese Bundesrepublik ein sozialer Rechts-staat sein soll, dann hat sie sich zum Grundsatz bekannt, allen ihren Bürgern ein Höchstmaß von Wohlergehen und sozialer Sicherheit im Rahmen der wirtschaftlich gegebenen Möglic-keiten zu gewähren. Schließlich sind es ja diese Bürger selbst, die den Wohlstand und damit die materielle Voraussetzung schaffen, die als Grundlage für eine solche Gemeinschaftauf-gabe in Anspruch genommen werden. Und es ist nicht das Verdienst des einen oder anderen, sondern das Ergebnis der gemeinsamen An-strengung aller, die hierzu herangezogen wer-den. Die Solidaritätsverpflichtung als eine der grundlegenden Pflichten menschlicher Ge-meinschaft kann sich nur so und muß sich genauso in der Praxis bewahrheiten.

Wie haben in diesen Jahren bewiesen, daß wir durch harte Arbeit, durch unsere direkte und indirekte Mitwirkung bei der Gesetzgebung und den Selbstverwaltungsorganen entscheidend dazu beigetragen haben, daß diese Konzeptionen, soweit sie Gestalt gewonnen haben, Ge-stalt gewinnen.

Und wenn auf den vielen Einzelgebieten die Ge-werkschaften ihre Forderungen zu diesen Fragen erheben, wenn sie überall bereit sind, ihre Sachkenntnis und ihre Kraft in der unendlich mühsamen Kleinarbeit und in allen Selbst-verwaltungsorganen zur Verfügung zu stellen, so ist auch das ein Beitrag – und ein sehr wesentlicher Beitrag – zur Verwirklichung jenes sozialen Rechtsstaates, den uns das Grund-gesetz aufträgt."

Fortschrittliche Kulturpolitik

Im letzten Teil seiner Ausführungen wandte sich Ludwig Rosenberg der Kulturpolitik zu. Er führte aus: „Es ist notwendig und es ist sinn-voll, den Menschen ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Es ist notwendig und sinnvoll, ihre Gesundheit und Arbeitskraft, ihre Lebenskraft zu erhalten und zu schützen. Es ist notwendig und es ist sinnvoll, ihnen gleiche Chancen und gleiche Rechte zu schaffen. Es ist notwendig und sinnvoll, alles das und vieles mehr zu erstreben und zu verwirklichen, was auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Sozial-politik und überall Menschen von Not, Un-sicherheit und Ungleichheit befreit.

Aber alles das bekommt seinen höheren Sinn erst durch die Erkenntnis, daß wir damit erst die Voraussetzung dafür geschaffen haben, dem Menschen die Möglichkeit zu dem zu geben, was ihn erst wirklich zum Menschen macht: zur Selbstverwirklichung, zur Selbstbestim-mung – zu wahren Menschsein.

Wir sehen, wie die Menschen ihren Schöpfungs-willen und ihre Selbstbestätigung in tausend kleinen Dingen suchen und zu finden glauben, wie sie Kunst und Kunsthandwerk, Diskussion und Buch als Mittel dieses Suchens nutzen. Wer jemals die Ruhrfestspiele besuchte – diese großartige und einzigartige Kulturtat der deut-

schen Gewerkschaften –, wer erlebte, mit wel-cher Hingabe und welchem Ernst Zehntau-sende an den Aufführungen Anteil nehmen, die Ausstellungen und die Diskussionen und Ver-anstaltungen besuchen – wer weiß, daß Raum und Zeit niemals ausreichen, um allen Teil-nehmerwünschen zu entsprechen, der zweifelt nicht an dem Sehnen der Menschen nach jenen höheren Gütern, die auf keinem Lohnzettel und keinem Kurszettel verzeichnet werden.

Wir sollten uns deshalb nicht verführen lassen, die Menschen unserer Zeit nur nach den lauten und oft genug ebenso leeren Vergnügungen zu beurteilen, die eine profitbewußte Industrie und Werbung geflissentlich fördert. Auch nicht jene sind für die Jugend unserer Zeit symptomatisch, die in pervertierter Eitelkeit immer nur das Ge-genteil von dem tun, was andere für üblich hal-ten. Wir sollten in die Stuben der Menschen gehen – in die Jugendverbände und die Volks-hochschulen, in die gewerkschaftlichen, politi-schen und religiösen Gruppen der Erwachse-nen und der Jugend –, und wir werden einen anderen Begriff von den Menschen unserer Zeit bekommen, als wenn wir ihn nur den Schlag-zeilen der Groschenblätter entnehmen.

Hier ist das Feld, auf dem wir säen. Hier sind die Menschen, die auf uns warten, damit wir ihnen helfen, frei und selbständig sich zu entwickeln und ihren Begabungen und Neigungen gemäß für sich und für die Gemeinschaft zu wirken.

Wir betrachten das und alles, was wir unter dem Begriff Kulturarbeit zusammenfassen, als vor-nehmsten Beitrag zur Erfüllung des Auftrages, diese Bundesrepublik Deutschland zu einem wahrhaft demokratischen und sozialen Rechts-staat zu machen, der er nur werden kann, wenn seine Bürger wahrhaft demokratisch denken, wahrhaft sozial handeln und rechtsstaatlich empfinden, wenn sie im wahrsten Sinne des Wortes gebildete Menschen sind."

Ludwig Rosenberg schloß mit den Worten: „Wenn wir jemals hoffen dürfen, daß dieses deutsche Volk seine Einheit in Freiheit wieder-erlangen wird, so doch nur dann, wenn die Flamme des demokratischen und wahrhaft sozialen Rechtsstaates so hell und rein leuchtet, daß sie über Mauern und Stacheldraht hinweg ihre Kraft und ihre moralische Wirkung auf jene nie verliert, die mit Sehnsucht und im Glauben an ewige Rechte ihre Herzen und Sinne auf die-sen Teil unseres Vaterlandes richten."



▲ Die unterschiedlichen Standpunkte in der Debatte um die Notstandsgesetze vertraten Otto Brenner (links), Vorsitzender der IG Metall, und Georg Leber, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden

Nach heftiger Debatte: Gegen Notstandsgesetze

In oft leidenschaftlich geführten Debatten setzte sich der Kongreß – wie schon 1962 in Hannover – mit der Notstandsgesetzgebung der Bundes-regierung auseinander. Bei diesem „heißen Eisen“ zeigte sich, daß Gewerkschaftler hart, aber fair diskutieren können. Eine Zeitung schrieb: „In Berlin hätte mancher Paramenta-rier Nachhilfeunterricht nehmen können.“ Einen ganzen Nachmittag und einen Vormittag lang prallten die Auffassungen der Vertreter eines

„harten Kurses“ gegen jedes Notstandsgesetz und der Fürsprecher einer beweglichen Haltung der Gewerkschaften aufeinander. Die profilier-ten Redner waren Otto Brenner, Vorsitzen-der der IG Metall, der seine auch weiterhin ab-lehnende Haltung bekräftigte, und Georg Leber, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden, der sich für eine Mitarbeit an den Gesetzesformulierun-gen aussprach.

Als immer noch 25 Wortmeldungen vorlagen, wurde die Debatte im Hinblick auf die zahl-reichen noch zu behandelnden Tagesordnungs-punkte abgebrochen. Dann kam es zur Abstim-mung. Mit 251 gegen 182 Stimmen entschied sich der Kongreß gegen die Notstandsgesetz-gebung und blieb damit bei dem Beschluß, den der Kongreß im Jahre 1962 in Hannover gefaßt hatte. Damals hatten die Delegierten bei einem Stimmenverhältnis von 276 zu 138 Stimmen ge-gen die Notstandsgesetze gestimmt.

In dem Berliner Beschluß heißt es: „Der 7. or-dentliche Bundeskongreß bekräftigt die 1962 auf dem DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Be-schlüsse zur Notstands- und Notdienstgesetz-gebung. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfol-gten verfassungsändernden Notstandsgesetz-gebung und der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bisher nicht zum Ziele gekommen ist, und sieht darin nicht zuletzt einen Erfolg der gewerkschaftlichen Haltung. Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstands-gesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht.“

Einmütig beschlossen: Für mehr Mitbestimmung

Eine wesentlich weniger heftige Debatte ent-wickelte sich bei der Behandlung des Themas Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirt-schaft. Einmütig stellten sich die Diskussions-redner hinter die Ausführungen von Ludwig Rosenberg zu diesen Fragen in seinem Grund-satzreferat. Unterschiedliche Auffassungen zeigten sich lediglich bei der geforderten Kon-zeption zur Verwirklichung einer überbetrieb-lichen Mitbestimmung. Das einheitliche Streben nach einem verbesserten Betriebsverfassungs-gesetz geht auch aus der dann einmütig verab-schiedeten Entschliebung hervor, in der es heißt: „Die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeit-nnehmer ist einer der wichtigsten Bestandteile einer freiheitlichen und demokratischen Grund-ordnung. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerk-schaften fordern deshalb die Verwirklichung eines umfassenden Mitbestimmungsrechts. Das Montan-Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahre 1951 war ein erster Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Es hat sich auch in schweren Zeiten hervorragend bewährt. Der 7. ordentliche Bundeskongreß des DGB wendet sich entschieden gegen alle Maß-nahmen, die dieses Mitbestimmungsrecht aus-höhlen. Er fordert darüber hinaus die Ausdeh-nung der qualifizierten Mitbestimmung auf die großen Kapitalgesellschaften aller übrigen Wirtschaftsbereiche. In diesen Großunterne-hmen müssen die Aufsichtsräte paritätisch be-setzt und für die Vorstände Arbeitsdirektoren bestellt werden. In allen technisch selbständi-gen Werksgruppen und Betriebsabteilungen dieser Großunternehmen sind Beiräte und Direktoren zu bilden, die nach gleichen Prin-zipien zusammengesetzt sind.“

Wie die Praxis des Betriebsverfassungsgeset-zes zeigt, ist dieses Gesetz noch unzulänglicher, als es zunächst schien. Es verwehrt dem Be-triebsrat in allen wichtigen Fragen eine wirk-same Mitbestimmung. Der 7. ordentliche Bun-



Hoesch-Mitarbeiter als Kongreßteilnehmer bei Gesprä-chen in Tagungspausen; von oben links: neben Walter Arendt, dem Vorsitzenden der IG Bergbau (ganz links), Erwin Neppert vom Betriebsrat der Zeche Radbod; Fritz Pott vom Vorstand der IG Bergbau, stellvertreten-der Vorsitzender des Beirates der Hoesch AG Bergbau; Karl-Heinz Troche vom Vorstand der IG Metall, stellver-tretender Aufsichtsratsvorsitzender der Hoesch AG; Walter Jendhoff vom Beirat der Westfalenhütte; Rudolf Loskand, Vorsitzender des Betriebsrates der Schmiedag AG; Otto Brenner; Hans Hoischen, Pressestelle West-falenhütte; Wilhelm Haferkamp, Vorstandsmitglied des DGB und Mitglied des Aufsichtsrates der Hoesch AG

deskongreß des DGB fordert deshalb eine Neu-fassung des Betriebsverfassungsgesetzes, wo-bei insbesondere die wirtschaftlichen und tech-nischen Umstellungsmaßnahmen in eine volle Mitbestimmung des Betriebsrates einzubezie-hen sind.

Der 7. ordentliche Bundeskongreß beauftragt den Bundesvorstand mit der Erarbeitung einer Konzeption zur Verwirklichung der „überbetrieb-lichen Mitbestimmung“ der Arbeitnehmer, die den Erfordernissen unserer Zeit und den Be-langen der Arbeitnehmer voll gerecht wird."



Am Tage seines vierzehnten Geburtstages, am 23. Juni 1916, begann Walter Thiele bei der Maschinenfabrik Deutschland die Werkzeug- und Maschinenschlosserlehre. Nach bestandener Gesellenprüfung wechselte er zum damaligen Eisen- und Stahlwerk Hoesch. In der Mechanischen Werkstatt, in der sein Vater als Dreher beschäftigt war, fand auch er Arbeit. Hier hatte er die verschiedensten Werkzeuge, die aus allen Betrieben der Hütte bestellt oder zur Reparatur gebracht wurden, anzufertigen oder instandzuhalten. 1941 wurde Walter Thiele Vorarbeiter, 1952 Meister. Am 23. Juni feiert er sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum.



Am 13. Juni 1966 feiert Wilhelm Schreiber sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum. Noch keine vierzehn Jahre alt, trat er bei der Trierer Walzwerk AG ein, bei der sein Vater als Drahtziehermeister beschäftigt war. Wilhelm Schreiber wurde als Walzer angelernt und stand in unserem Trierer Werk zwölf Jahre lang an den Walzgerüsten. Als er mit seinen Eltern wieder in deren Heimatstadt Hohenlimburg zog, übernahm er im Kaltwalzwerk Nahmer, in dem wie bei der Trierer Walzwerk AG kaltgewalzte Bleche gefertigt wurden, die gleiche Arbeit. Seit 1941 gehört Wilhelm Schreiber dem Werkschutz der Hohenlimburger Walzwerke an. Von 1955 bis 1961 war er als Kontrollleur eingesetzt, heute versieht er als Pförtner am Eingang der Versuchsanstalt seinen Dienst.

Krankengeld erst vom Tage der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an

Ein wichtiges Urteil des Bundessozialgerichts

Viel Ärger hatte manches Belegschaftsmitglied in den vergangenen Jahren mit seiner Krankenkasse wegen des Beginns der Krankengeldzahlung, wenn der Arzt die Arbeitsunfähigkeit rückwirkend feststellen mußte. Gemäß § 182 Abs. 3 RVO (Reichsversicherungsordnung) wird Krankengeld bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten vom Tage der ärztlichen Feststellung an, im übrigen von dem darauffolgenden Tage an gezahlt. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmung entstanden für die Mitglieder der Krankenkasse Nachteile immer dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit verspätet festgestellt wurde, weil ein Arzt nicht rechtzeitig erreicht werden konnte.

Das Bundessozialgericht hat nun endlich und eindeutig mit Urteil vom 18. März 1966 (3 RK 58/62) entschieden, daß bei verspäteter ärztlicher Feststellung der Arbeitsunfähigkeit der Krankengeldanspruch nicht rückwirkend beginnen könne.

Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Ein Versicherter suchte wegen gesundheitlicher Beschwerden am Freitag, dem 22. September 1961, die Praxis eines Arztes auf. Dort wurde ihm von der Sprechstundenhilfe mitgeteilt, daß der Arzt abwesend sei und erst am folgenden Montag, dem 25. September 1961, wieder praktiziere. Der Versicherte begab sich an diesem Tage erneut in die Praxis. Der Arzt stellte seine Arbeitsunfähigkeit rückwirkend ab 23. September 1961 fest. Die Krankenkasse gewährte daraufhin dem Versicherten Krankengeld von dem der ärztlichen Feststellung folgenden Tage an, dem 26. September 1961. In dem Sozialgerichtsverfahren war der Versicherte der Ansicht, daß ihm auch für den 25. September 1961 Krankengeld zustehe, da die Arbeitsunfähigkeit bereits am 23. September 1961 bestanden habe und ärztlich bestätigt worden sei; aus der Abwesenheit des Arztes, die er nicht zu vertreten habe, dürften ihm keine Rechtsnachteile erwachsen.

Dieser Ansicht hat sich das Bundessozialgericht jedoch nicht angeschlossen und festgestellt, daß die Krankenkasse grundsätzlich nicht verpflichtet ist, die rückwirkende ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit ihrer Krankengeldberechnung zugrunde zu legen.

Für den Beginn der Krankengeldzahlung bleibt also einzig und allein der Tag der tatsächlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit maßgebend. Wenn der Hausarzt nicht anwesend und zu erreichen ist, muß unbedingt ein anderer Arzt aufgesucht werden. Das sollte jedes Belegschaftsmitglied beachten, um eigene finanzielle Nachteile zu vermeiden.

Wir
lasen
für
Sie

Zum
Nach-
denken
und
zur
Kritik

STUTTGARTER ZEITUNG

Den Schriftsteller und Historiker Golo Mann kennen die Leser von WERK UND WIR aus seinen Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte („Es geschah vor 30 Jahren“ WERK UND WIR Heft 2/1963 und Heft 5/1964). Vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen scheinen uns die nachstehenden Gedanken Golo Manns, die wir der Stuttgarter Zeitung vom 21. 5. 1966 entnehmen, besonders bemerkenswert – und sicher auch beherzigenswert:

Golo Mann:

Interesse am Ganzen ist die erste Bürgerpflicht!

Nach dem ersten Weltkrieg sagte der Historiker Friedrich Meinecke zu jemandem, von dem ich es gehört habe, und der heute noch lebt: „Wir haben das Unheil doch immer kommen sehen. Hätten wir doch mehr dagegen getan.“

Hätten wir doch mehr dagegen getan. Die Versuchung, gegen öffentliches Unheil nichts zu tun, zu resignieren, die Achseln zu zucken und einstweilen seinen eigenen Interessen nachzugehen, war immer groß. Sie ist in unserem demokratischen Zeitalter nicht geringer als ehemals. Das sollte theoretisch nicht so sein, denn theoretisch ist Demokratie Bestimmung des allgemeinen Schicksals durch alle. Die Theorie scheitert an der Masse des Wirklichen; ein Widerspruch, den Alexis de Tocqueville schon vor 130 Jahren erahnte. Die Aufgaben des Staates sind zu viele, zu dicht, in ihrem technischen Detail zu rätselhaft geworden, als daß der einzelne Bürger sie noch übersehen könnte. Der Beruf, durch dessen erfolgreiche Ausübung man in die Lage kommt, auf die öffentlichen Dinge den stärksten Einfluß zu nehmen, ist wie eh und je der politische. Aber der Aufstieg zu einem politischen Amt, das Zugang zu eigentlichen Entscheidungen gewährt, ist in der Demokratie nicht leichter als unter den alten Königen; eher noch schwerer. Er verlangt ein nur Wenigen zuzumutendes Maß von Nervenkraft; er verlangt neben anderen Gaben auch solche, die nicht edel sein müssen, ja, die es nicht einmal sein können. Das Gefühl: die da oben werden es machen, sie werden es hoffentlich gut machen, sie werden es wahrscheinlich schlecht machen, ich einzelner kann in jedem Fall nichts dazu tun – dies Gefühl, das einst durch das Walten des Obrigkeitsstaates erklärt wurde, ist in der Demokratie nicht schwächer geworden.

Übrigens, und von der geschichtlichen Situation abgesehen, gibt es ja ewig menschliche Neigungen, die uns leicht daran hindern, aus unserem privaten Gehäuse herauszutreten und uns um das Gemeinwesen zu kümmern. Schüchternheit und Scheu; Erlahmen der Phantasie; Furcht, aufzufallen; Bescheidenheit und ihre verborgene Schwester, der Hochmut. Bequemer ist es, man bleibt bei sich und hält sich, wie die anderen sich halten. Aber das darf nicht sein. Was ich eben von der Versuchung sagte, in der Demokratie und gerade in ihr die öffentlichen Dinge hinzunehmen und zu erleiden, gilt eben nur für eine Versuchung, nicht für etwas Unvermeidliches. Tocqueville hat den Erwerbsinn als das Lebensprinzip der modernen Demokratie angesehen. Hundert Jahre vor ihm hat Montesquieu ein ganz anderes genannt: la vertu, die Tugend. Damit meinte er nicht einen tadellosen Lebenswandel. Er meinte: Interesse für das Ganze, Tun für das Ganze, Scham für das Ganze; den Willen, zu helfen.

Nun kann man gewiß helfen, kann Gutes und Braves tun, ohne aus dem eigenen Weg zu gehen, ohne aus dem privaten Gehäuse zu treten. Man kann es in der Familie; man kann es in der Fabrik oder dem Kontor; in jedem Beruf, in jeder normalen Lebenslage. Der Erwerbstrieb allein hält keine Gesellschaft zusammen, was auch schlechte Philosophen uns einreden möchten. Leistungswille, Hilfswillie, Samariterinstinkt sind ebenso real. Von diesen lebenserhaltenden, aber ich möchte sagen alltäglichen, selbstverständlichen Bravheiten ist hier nicht die Rede. Es ist die Rede vom Mut zum anscheinend Ungewöhnlichen, ungewöhnlich, weil die Leute es eben nicht gewohnt sind; vom Mut zu einem Schritt weg von der Routine, weg vom braven, aber privaten Weg; vom Mut zur Hilfe in der Öffentlichkeit, zum Protest in der Öffentlichkeit, zum öffentlichen Wiedergutmachen dessen, was schlecht gemacht wurde.

Lächerlich wäre es, die Leistungen des Staates, ihre überwältigende Notwendigkeit und Nützlichkeit in Zweifel zu ziehen und über die sogenannte „verwaltete Welt“ ein Klagelied zu erheben. Auch ein Parlament kann Beschlüsse fassen und eine Regierung sie ausführen, bei denen Generosität und Phantasie im Spiel waren. Denken wir etwa an den Wiedergutmachungsvertrag zwischen Deutschland und Israel, vielleicht das Beste, was die Bundesrepublik je geleistet hat. Lassen wir dem Staat sein Recht. Aber es hat von alters her Dinge gegeben, die der Staat nicht leisten konnte; der Spontaneität des einzelnen oder kleiner Gruppen bleibt Raum, und er wird ihr immer bleiben.

Mitunter kann auch das im rechten Moment gesprochene rechte Wort, das versöhnliche, taktvolle, verstehende Wort die Tat ersetzen oder selber zur Tat werden.

DIE WELT

Jeder zehnte wechselte den Arbeitsplatz

Nur jeder zehnte Arbeitnehmer wechselte 1965 in der Bundesrepublik seinen Arbeitsplatz. Die Fluktuation der deutschen Arbeit-

nehmer hat seit 1961 nicht zugenommen. Das berichtet die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg. Von 1,1 Millionen inländischen Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz wechselten, übten 88,9 Prozent im Jahre 1965 ein Beschäftigungsverhältnis und 11,1 Prozent mehrere Beschäftigungsverhältnisse aus. Bei den Arbeitnehmern des Bau- und Bauberggewerbes wechselten jedoch 20,7 Prozent der Beschäftigten ihre Stelle. Im Bereich der privaten Dienstleistungen waren es 18,1 und in der Land- und Forstwirtschaft 18,8 Prozent. Die geringste Fluktuation (7,2 Prozent) wurde beim öffentlichen Dienst und im Verkehrswesen festgestellt.

DIE WELT,
vom 13. April 1966

salz und oel

Zwischen Mut und Anpassung

Zweifelloso geht es ohne Anpassung in unserer Massengesellschaft nicht. Sie ist überall da angebracht, wo es um soziale Pflichten geht. Wenn im Betrieb z.B. die Zusammenarbeit zwischen mehreren Gruppen verbessert werden soll, kann Anpassung eine sehr weise Entscheidung sein.

Aber Anpassung um jeden Preis? Auch wider besseres Wissen? Mit dieser Frage müssen wir uns auseinandersetzen. Ein Unternehmen, das auf allen Ebenen nur aus Menschen besteht, die sich widerspruchslos anpassen, ganz gleich, was von ihnen verlangt wird, ist nicht lebensfähig. Jedes Unternehmen braucht Menschen, die unabhängig ihre Meinung vertreten, ganz gleich, was ihr Standpunkt ihnen einbringt. Sie sind das unternehmerische Element, das Gewissen eines Betriebes. Wo sie fehlen, herrscht Stillstand.

Eine gefährliche „Herdendynastie“ breitete sich aus. Für uns ist es lebenswichtig zu lernen, wo persönlicher Mut oder Anpassung an die Gemeinschaft geboten ist.

John F. Kennedy, der unvergessene amerikanische Präsident, hat in einem Beitrag „Vom Sinn des Mutes“ folgendes gesagt: „Wir stehen alle ständig der gleichen grundlegenden Alternative gegenüber: Mut oder Nachgeben – ob wir dem Zorn von Wählern, von Freunden, der Betriebsführung oder der Gewerkschaft gegenüberstehen, und wann immer wir wegen umstrittener Fragen auf den Marktplatz der Meinungen geraten. Ohne den Mut zu verkleinern zu wollen, mit dem manche ihr Leben geopfert haben, sollten wir auch jenes Mutes nicht vergessen, mit dem andere ihr Leben gelebt haben. Lebensmut mag oft weniger dramatisch erscheinen als letzter Todesmut; doch er ist nicht weniger eine großartige Verbindung von Triumph und Tragik. Hier tut ein Mensch, was er zu tun hat – trotz aller persönlichen Folgen, trotz aller Hindernisse, Gefahren und Drohungen. Und dies ist die Grundlage aller menschlichen Sittlichkeit.“

Salz und Öl
Werkzeitschrift Wintershall
Nr. 4/1966

Vor zehn Jahren berichtete Werk und Wir



In dem Rückblick auf die Hauptversammlung der Hoesch Werke AG vom 17. Mai 1956 berichtete WERK UND WIR über die Wiedervereinigung der Altenessener Bergwerks AG und der Industriewerte AG mit unserer Gesellschaft. In dieser Hauptversammlung, der die Hauptversammlungen der beiden wieder angegliederten Gesellschaften am selben Tage vorangegangen waren, führte der Aufsichtsratsvorsitzende der Hoesch Werke AG, Willy Hopp, vor den Aktionären unter anderem aus:

Die Rückgliederung ist vollzogen

In der letzten Hauptversammlung am 21. Juni 1955 haben Sie die Ermächtigung erteilt, das Grundkapital der Hoesch Werke AG um 105 Millionen DM zu erhöhen, um die Wiedervereinigung der Altenessener Bergwerks AG und der Industriewerte AG mit unserer Gesellschaft vorzubereiten.

Wie ich im Vorjahr berichtete, hatten wir bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg unsere Absicht vorgetragen und vorsorglich die Zustimmung zur Wiedervereinigung der drei Nachfolgesellschaften der Hoesch AG erbeten. Die Hohe Behörde hat ihre Genehmigung am 28. Juli 1955 erteilt. Daraufhin beschloß der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat am 17. Oktober 1955, von der ihm von Ihnen erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und das Kapital um 105 Millionen DM zu erhöhen... Das Grundkapital unserer Gesellschaft beträgt nunmehr 375 Millionen DM. Schon wenige Wochen nach Veröffentlichung unseres Umtauschgebots konnten wir feststellen, daß weit über 90 v.H. der Aktien der Altenessener Bergwerks AG und der Industriewerte AG gegen neue Aktien unserer Gesellschaft getauscht waren. Dieser überraschend schnelle Umtausch scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß unsere Aktionäre die Aufteilung des Vermögens der Hoesch AG auf drei Nachfolgesellschaften bei Durchführung der Neuordnung, ebenso wie wir, als ungerechtfertigt empfunden haben.

Die Organverträge enthalten eine Gewinn- und Verlustausschließungsvereinbarung. Den Aktionären der beiden Gesellschaften, die von unserem Umtauschgebot noch keinen Gebrauch gemacht haben, haben wir eine Vergütung garantiert, die jeweils 2 v.H. unter der Hoesch-Dividende liegt.

Mit Genugtuung stelle ich fest, daß die uns seit 1920 durch die damalige Interessengemeinschaft verbundenen und seit 1930 zu uns gehörenden Zechen des ehemaligen Köln-Neu-essener Bergwerksvereins nun wieder zu uns zurückgekehrt sind. Das gleiche gilt für die Beteiligungen, darunter auch die Mehrheitsbeteiligung an der Orenstein-Koppel und Lübkcker Maschinenbau AG, die bei der Neuordnung in die Industriewerte AG eingebracht wurden. Wir sind überzeugt, daß durch diese Maßnahmen die beste Sicherung für unsere Aktionäre, für unsere Belegschaften und für den Bestand unserer Werke geschaffen ist.

Arbeitsordnung Grundlage reibungsloser Zusammenarbeit (6)

In den bisher erschienenen Beiträgen über die Arbeitsordnung behandelten wir unter anderem Fragen des Beginns und der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie allgemeine Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis. Der § 17 behandelt Verbesserungsvorschläge und der § 18 Erfindungen. Auf sie soll in diesem Beitrag näher eingegangen werden.

§ 17 Verbesserungsvorschläge

(1) Im Interesse des Fortschritts und als Ausdruck der Mitarbeit sind technische und betriebliche Verbesserungsvorschläge der Belegschaftsmitglieder erwünscht. Die Verbesserungsvorschläge sind dem Direktorium / dem Vorstand / der Geschäftsleitung schriftlich zu unterbreiten.

Keine Maschine, keine Organisation ist so gut, daß sie nicht noch verbessert werden könnte. Jedes neue Automodell beweist augenfällig, daß der technische Fortschritt nicht ruht. Jede neue Maschine, die im Betrieb aufgestellt wird, bringt eine bessere Leistung als die alte, die sie ersetzt. Unzulänglichkeiten, Mängel und Gefahrenquellen gibt es in jedem Betrieb. Technische und betriebliche Verbesserungsvorschläge der Belegschaftsmitglieder können mitteilen, sie zu vermindern oder sie ganz zu beseitigen.

Dank ihrer beruflichen Ausbildung und auf Grund ihrer betrieblichen Erfahrung sind viele unserer Mitarbeiter in der Lage, mit Ideen zur Verbesserung technischer Einrichtungen und der betrieblichen Organisation beizutragen. Verbesserungsvorschläge werden deshalb nicht nur geduldet, sondern sie sind ausdrücklich erwünscht. Das Vorschlagswesen soll unseren Mitarbeitern die Möglichkeit geben, ihre Verbesserungsvorschläge einzubringen und dafür zu sorgen, daß ihre Vorschläge geprüft, bewertet und prämiert werden.

Das Vorschlagswesen trägt aber nicht allein dazu bei, die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Betriebs zu steigern und damit unsere Stellung im Wettbewerb zu stärken, es soll in gleicher Weise die persönliche Anteilnahme unserer Mitarbeiter an ihrer beruflichen Tätigkeit fördern, sie zum Mitdenken anregen

und ihnen das Gefühl geben, daß sie und ihre Verbesserungsvorschläge ernst genommen werden. Das betriebliche Vorschlagswesen ist somit ein wesentlicher Beitrag, um aus Arbeitnehmern echte Mitarbeiter zu machen. Geistige Aufgeschlossenheit und Rationalisierung sind die Wurzeln des Vorschlagswesens, die untrennbar miteinander verbunden sind.

Wer Verbesserungsvorschläge einreicht, den zeichnet schöpferische Unzufriedenheit mit den bestehenden betrieblichen Gegebenheiten aus. Bloßes Kritisieren und Miesmachen reicht nicht aus. Es wird ein konstruktiver Beitrag zur Beseitigung der Mängel verlangt. Dabei sind Verbesserungsvorschläge keine ausgetüftelten Konstruktionspläne – oder nur in ganz seltenen Fällen. Entscheidend ist die Idee, die hinterher meist ganz einfach und einleuchtend erscheint, nur war vorher niemand darauf gekommen. Sicherlich sind im Betrieb die Vorgesetzten und häufig auch besondere Mitarbeiter damit betraut, die Leistungsfähigkeit des Betriebs und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Sie sind jedoch im allgemeinen mit anderen Aufgaben überlastet, und sie können auch nicht alles wissen, denn: Keiner ist so klug wie wir alle.

(2) Für technische Verbesserungsvorschläge im Sinne des Gesetzes über Erfindungen von Belegschaftsmitgliedern gelten die gesetzlichen Bestimmungen sowie etwaige betriebliche Richtlinien.

Bei diesen technischen Verbesserungsvorschlägen handelt es sich nach § 20 des Gesetzes über Arbeitnehmer-Erfindungen um die sehr seltenen Vorschläge, die dem Arbeitgeber eine ähnliche, monopolartige Vorzugsstellung geben, wie sie sonst nur durch schutzfähige Erfindungen erreicht werden kann. Das sind technische Verbesserungsvorschläge, die von Dritten nicht nachgeahmt werden können (z. B. Anwendung von Geheimverfahren, Verwendung von Erzeugnissen, die nicht analysiert werden können). Bei der Ermittlung des Wertes des technischen Verbesserungsvorschlags sind dieselben Methoden anzuwenden wie bei der Ermittlung des Erfindungswerts für schutzfähige Erfindungen. Entscheidend ist jedoch die tatsächliche Verwertung durch den Arbeitgeber und nicht eine unausgenutzte wirtschaftliche Verwertbarkeit. Technische Verbesserungs-

vorschläge können jedoch auch im Rahmen des Vorschlagswesens bewertet werden, wobei die Höhe der Prämie mindestens so hoch sein muß wie nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitnehmer-Erfindungen.

(3) Betriebliche Verbesserungsvorschläge können insbesondere betreffen:

- a) Verhütung von Unfällen;
- b) Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und -methoden;
- c) Steigerung von Menge oder Qualität der Arbeitsergebnisse;
- d) Ersparnis an Zeit, Material, Energien;
- e) Beseitigung von Fehlern und Störungsquellen, Verhütung von Schäden und Verlusten.

Diese Übersicht soll unseren Mitarbeitern Hinweise dafür geben, worauf sich Verbesserungsvorschläge beziehen können. Die Aufzählung ist weder vollständig noch erschöpfend. Verbesserungsvorschläge können alle Vorschläge sein, die direkt oder indirekt der Belegschaft und dem Betrieb nutzen. Die Verhütung von Unfällen steht nicht zufällig an erster Stelle der Aufzählung, denn Gesundheit und Unversehrtheit ist das wichtigste Kapital des arbeitenden Menschen.

(4) Betriebliche Verbesserungsvorschläge werden – entsprechend ihrer Bedeutung – gemäß den bestehenden betrieblichen Richtlinien durch einen paritätisch besetzten Ausschuß prämiert. Die Richtlinien über Verbesserungsvorschläge können bei der Personalabteilung und beim Betriebsrat eingesehen werden.

Die Verbesserungsvorschläge werden entweder über die Werkpost eingereicht oder sind – bei einigen unserer Werke – in besondere Briefkästen einzuwerfen. Die Vorschläge gehen dem Beauftragten für das Vorschlagswesen zu, der für die gesamte Bearbeitung der Vorschläge zuständig und verantwortlich ist. Verbesserungsvorschläge werden im allgemeinen formlos eingereicht, das heißt, es kann jedes geeignete Blatt Papier genommen werden. Falls erforderlich, sind Zeichnungen oder Skizzen beizufügen.

Der Beauftragte für das Vorschlagswesen leitet den eingereichten Vorschlag an den Betrieb weiter, wo er geprüft und beurteilt wird. Kann die

vorgeschlagene Verbesserung eingeführt werden, wird am besten gleich eine Empfehlung für die Höhe der Prämie gegeben. Über die Annahme oder Ablehnung der Verbesserungsvorschläge entscheidet ein paritätischer Ausschuß, der aus der gleichen Anzahl von Vertretern des Betriebsrates und der Werksleitung besteht.

Dieser Bewertungsausschuß setzt die Höhe der Prämie fest; besonders wertvolle Verbesserungsvorschläge, die eine hohe Prämie verdienen, werden im allgemeinen an die Geschäftsleitung mit einer Prämienempfehlung weitergegeben. Die Größe und Zusammensetzung des Bewertungsausschusses hängen von der Größe des Werkes und von dem Erzeugungsprogramm ab. Der Bewertungsausschuß kann vier bis zehn Mitglieder haben.

Verbesserungsvorschläge, die unbrauchbar sind, wird der Ausschuß im allgemeinen ablehnen, wobei dem Einsender ein besonderer Dank für die Mitarbeit ausgesprochen wird. Vorschläge, die brauchbar sind und eingeführt werden, lassen sich in zwei Gruppen gliedern:

1. Vorschläge, die eine errechenbare Ersparnis bringen,
2. Vorschläge, die keine errechenbare Ersparnis zur Folge haben.

Bei Vorschlägen mit errechenbarer Ersparnis wird im allgemeinen ein bestimmter Prozentsatz der Jahresersparnis als Prämie gezahlt. Vorschläge mit nicht errechenbarer Ersparnis, z.B. Vorschläge, die die Arbeitssicherheit verbessern, werden vom Ausschuß nach Erfahrungswerten oder einem besonderen Punktsystem bewertet. Durch die paritätische Zusammensetzung des Bewertungsausschusses ist sichergestellt, daß sowohl die Belange des Vorschlag-Einsenders als auch die des Werkes gleichrangig berücksichtigt werden und die Höhe der Prämie möglichst gerecht festgesetzt wird.

Soweit bei den Werken Fragen wegen der betrieblichen Richtlinien für das Vorschlagswesen bestehen, ist die Sozialabteilung der Hauptverwaltung gern bereit, Hinweise und Unterstützung zu geben.

Die Prämien für Verbesserungsvorschläge sind auf Grund der Verordnung über die steuerliche Behandlung von Prämien für Verbesserungsvorschläge vom 18. Mai 1957 steuerbegünstigt. Dabei sind Prämien bis zur Höhe von 200 DM jährlich steuerfrei. Bei Beträgen von 200 bis 800 DM ist der 200 DM übersteigende Betrag zur Hälfte steuerfrei. Danach unterliegt bei einer Prämie von 500 DM nur ein Betrag von 150 DM der Lohnsteuer. Bei Prämien von über 800 DM sind jeweils 500 DM steuerfrei. Die steuerfreien Beträge sind auch beitragsfrei zur Sozialversicherung. Die Prämien sind jedoch nur steuerfrei, wenn sie von einem Bewertungsausschuß festgelegt werden und die Niederschriften der Sitzungen des Bewertungsausschusses vom Arbeitgeber und von zwei Arbeitnehmervertretern unterzeichnet sind.

§ 18 Erfindungen

(1) Für die Erfindungen der Belegschaftsmitglieder gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

Von den Verbesserungsvorschlägen nach § 17 der Arbeitsordnung sind streng zu unterscheiden die patent- oder gebrauchsmusterfähigen Erfindungen im Sinne des Gesetzes über Ar-



beitnehmererfindungen vom 25. Juli 1957. Schutzfähig sind danach technische Erfindungen, die gegenüber dem jetzigen Stand der Technik fortschrittlich sind, auf einer schöpferischen Leistung beruhen und gewerblich verwertbar sind. Die Erfindung muß außerdem neu im Sinne des Patentgesetzes sein. An die Patentfähigkeit werden strenge und hohe Anforderungen gestellt, denn nach der Erteilung des Patents hat allein der Patentinhaber das Recht, die Erfindung zu verwerten.

(2) Alle Dienst-erfindungen und freien Erfindungen sind dem Direktorium / dem Vorstand / der Geschäftsleitung unverzüglich über den unmittelbaren Vorgesetzten schriftlich zu melden.

Erfindungen, die über den Vorgesetzten unseren Geschäftsleitungen zugehen, werden dem Patentbüro der Hoesch Hauptverwaltung weitergeleitet. Einen Durchdruck seiner Patentmeldung sollte das Belegschaftsmitglied dem Patentbüro unmittelbar zustellen.

1 Ein Beispiel aus der Praxis: Heinrich Schröder und Paul Bargende (links) aus der Maschinenabteilung Hochofen der Westfalenhütte haben einen Verbesserungsvorschlag zu machen. Am Arbeitsplatz tragen sie die technischen Einzelheiten dem Sachbearbeiter des Vorschlagswesens Herbert Bültling vor

2 Einmal im Monat tritt der Ausschuß des Betrieblichen Vorschlagswesens zusammen, um die eingereichten Verbesserungsvorschläge zu prüfen. Unser Bild zeigt von links in der hinteren Reihe die Betriebsratsmitglieder Fritz Becker, Norbert Albersmeier, Walter Stache, Paul Herrmann, Dipl.-Kaufmann Lothar Mertens, Abl. Organisation; Eleonore Starke, Abl. Vorschlagswesen; Dipl.-Ing. Walter Schürhoff, Leiter der Abl. Vorschlagswesen; in der vorderen Reihe von links: Helmut Wolf, Betriebsratsmitglied; Dr. Helmut Karl, Arbeitsschutz; Franz Rose, Betriebsratsmitglied; Heinrich Freund, Leiter der Lehrwerkstatt und Dipl.-Ing. Bernhard Schanze, Betriebschef Stahlwerk 2

SPRECH- STUNDE FÜR GESUNDE

Unser Werksarzt
Dr. Arnfried Müller
hat das Wort
zu diesen zehn
Themen:



1 Wer rastet, der rostet

2 Richte dich nach der inneren Uhr

3 Alle Tage einmal schwitzen

4 Freude und Gesundheit
sind Geschwister

5 Manches ginge besser,
wenn wir mehr gingen

6 Iß das Natürliche so natürlich
wie möglich

7 Der Mensch ist keine Maschine

8 Herr im Hause bleiben!
(Nikotin und Alkohol)

9 Jeder braucht Freunde
und Nachbarn

10 Geh rechtzeitig zum Arzt

Freude und Gesundheit sind Geschwister

Immer wieder macht der Arzt die Erfahrung, daß gleiche Krankheiten – eine Blinddarmentzündung oder auch eine Zuckerkrankheit – von verschiedenen Patienten völlig verschieden erlebt und ertragen werden, und nicht die Schwere des einzelnen Falles gibt dafür den Ausschlag. Der nach den meßbaren Anzeichen schwerer Erkrankte kann besser mit sich und dem Leiden ins reine kommen als der weniger kranke Mitpatient. Es gibt Menschen, die ein hartes Leben und ein geplagter Leib nicht zerdrücken und verbittern. Es ist, als ob ihr Menschsein unverletzlich außerhalb und oberhalb von solchen Nöten stünde. Und es gibt wiederum die anderen, denen alles gleich unter die Haut fährt, die ohne sichtbare Lebensangst griesgrämig-säuerlich nach Kummer und nach Kränkung jagen und beides reichlich finden.

Und noch etwas ganz Ähnliches kann man feststellen: es gibt Betriebsbereiche, deren Belegschaft wohlgelaunt und leistungsstark ist und obendrein kaum Ausfälle durch Krankheit kennt. Dicht daneben wirkt eine zweite Gruppe mit gleichem Lohn und gleichen Arbeitsplätzen, über der tagein, tagaus Wolken der Verstimmung hängen. Die Arbeit sei zu schwer, heißt es, und die Gesichter ringsum könne man auch nicht mehr sehen. Man übertrifft sich in tierischem Ernst und ist empfindlich und körperlich anfällig; einer fehlt immer, so daß die anderen für ihn mitarbeiten müssen.

„Alles schon bekannte Dinge“, wird jetzt mancher sagen. Einmal ging es um Optimist oder Pessimist und im zweiten Fall um gutes oder schlechtes Betriebsklima. Ist das aber alles?

Es gibt doch Menschen, und jeder von uns kennt welche, die allein durch ihre Gegenwart Heiterkeit um sich verbreiten. Man traut ihnen zu, daß sie selbst Feuer und Wasser miteinander auskommen lassen. Wenn man sich bemüht herauszufinden, wie das möglich ist, dann stellt man immer wieder fest, daß solche Menschen ständig eine gelassene Freude ausstrahlen, die die ganze Umgebung ansteckt. Und man spürt, daß diese Art von Freude mit Spaß, Vergnügen, Lust und Gier, die ja auch oft fälschlich Freude heißen, nichts gemein hat. Auch Besitz und Macht, die ja geringer werden, wenn man sie teilt, sind ohne jegliche Beziehung zu dieser Freude, die beim Austeilen wächst. Was hier Freude genannt wird, ist ein geistiges Gut, unwägbbar, nicht käuflich, aber für jedermann zugänglich. Und solche Freude kann das einfachste Leben vergolden.

Nun ist es nicht so, daß uns diese Freude irgendwie zustünde und von irgendwem frei Haus geliefert würde. Wir müssen sie vielmehr täglich selbst erwerben – durch ehrliche Plage und Arbeit an uns selbst.

Man erlebt es bisweilen, daß ein im Grunde wohlgestimmter, heiterer Mensch plötzlich griesgrämig wird und mehr und mehr in sich hineinkriecht. Zu gerne sucht man dann nach körperlichen Ursachen für den Stimmungswandel und findet wohl auch welche. Aber was ist nun wirklich geschehen? Hat der kranke Magen die Stimmung verdorben oder ist der Wandel der Stimmung auf den Magen geschlagen? Letztere Möglichkeit, daß Verstimmung und seelische Last schließlich zum Organleiden führen, ist heute nur allzu häufig. In einer Gesellschaft, deren Bild sich stürmisch wandelt, viel rascher, als für viele ein Anpassen möglich ist, müssen seelische Entgleisungen häufig sein, zumal ja jeder auch noch sein persönliches Reifen leisten muß, dem Lebensalter angemessen. Vereinfacht ließe sich sagen, daß vielen Menschen die ständige enge Fühlung zur eigenen Innenwelt und zur menschlichen Umgebung nicht gelingt. Dann neigt man zu folgender Fehlleistung: in der ehrlichen Bemühung, sich der Umwelt anzupassen, gerät vielleicht alles etwas zu lebhaft, zu laut, zu kontaktbetont. Inwendig, drinnen aber stimmt etwas nicht. Da liegen kleine Gebirge unbewältigten Lebens; Angst vor dem Altwerden, eine leere Ehe, entfremdete Kinder, Berufsneid, und um alles herum ein Hauch von eisiger Einsamkeit.

Geteiltes Leid ist halbes Leid; so mag sich mancher Leser damit trösten, daß Tausende neben ihm dieselbe Suppe löffeln müssen wie er, mit etwas anderen Zugaben vielleicht, aber ebenso bitter im Geschmack. Es versteht sich auch, daß solche in-



nere Bedrängnis, wenn sie schließlich an die Nieren geht oder zum Herzen greift, mit Krankenschein und Tablette nur vordergründig zu behandeln ist; die Wurzel bleibt.

In solchen Fällen hilft nur echte Eigenleistung. Man sollte dann Lebensbilanz machen, die faulen Stellen suchen und Stück um Stück wegarbeiten. Es lassen sich mit bloßen Händen Berge versetzen, wenn man nur erst einmal mit kleinen Steinchen beginnt. Wem das zu schwer erscheint, dem bleibt noch folgendes Rezept: man schließe sich frohen Menschen an und wärme sich an deren Freude. Vielleicht muß man sich von alten Kumpanen trennen, denen unsere Gesellschaft nicht paßt. Vielleicht muß man auch feststellen, daß man zunächst in den falschen Zug gestiegen war, weil Betriebsnudeln und Angeber gar nicht so ansteckend froh sind. Oder: man mache an jedem Tag einem Menschen eine Freude! Hier kommt nun gewöhnlich der Einwand: so viel Geld habe ich nicht. Mag sein. Aber man sollte gerade dieses Lehrgeld zahlen, damit man begreift, und bis man begreift, daß Geld dabei nebensächlich ist. Freude ist nicht käuflich, allenfalls Vergnügen. Freude machen aber kann man lernen! Und es lernt sich leicht, weil man ja Teilhaber an jedem Gelingen ist, und meist sogar Hauptaktionär. Jegliche Freude, die man anderen bereitet, gibt man auch sich selbst, und man fühlt, daß Freude gesund macht und gesund erhält. Nun fehlt noch ein Weg, angestaute Bitterkeit aus sich herauszuschaffen und dem, was täglich nachläuft an Bitterkeit, ein Gefälle zu geben. Wer kennt nicht die bedauernswerten Menschen, die allüberall Gift und Galle um sich versprühen und als unfrohe, ungeliebte Sauertöpfe gelten. Natürlich müssen sie „es“ loswerden, aber bitte doch nicht so! Man geht dazu besser ins stille Kämmerlein und schimpft sich aus. Und dann sollte man ein Lied singen oder pfeifen oder summen oder gar auf einem Instrument spielen. Es darf musikalische Mängel haben, aber viele Strophen sollte es haben. So eine Melodie ist wie ein erlösender Strom aus uns heraus, der



Tonnenlasten von Bitterkeit mit sich fortwälzt. Wo Bitterkeit das Feld räumt, kann Freude einziehen. Oder man nehme große Bogen Papier und die schönsten Farben, die es gibt, Ölkreide und breite bunte Filzschreiber und male alles, was es gibt, und was es bisher noch nicht gegeben hat. Man sollte groß und bunt und mit weiten Bewegungen malen. Irgendwann findet sich jemand, der unser Lied mitpfeift, er ist angesteckt von der Freude. Einen anderen freut unser farbiges Bild. Dem schieben wir gleich ein Blatt hin und leihen ihm unsere Farben. Man weiß nun endlich auch, was man ihm beim nächsten Anlaß schenken kann und freut sich darauf.

Und nun, da wir schon ganz im wohlgestimmten Raum zu Hause sind, hören wir hin und wieder eine gute Musik. Wenn es ganz hoch kommt, die Neunte Symphonie „An die Freude“, die der fast taube Beethoven seinem Schicksal entgegengehalten hat. Wohl dem, der aufgewühlt noch Tage in gehobener Unruhe bleibt und die Melodie sein Leben lang nicht vergißt. Ein herzliches Beileid dem, der lediglich feststellen konnte, daß die Waldhörner zwei Einsätze verpatzt haben.

Freude und Gesundheit sind Geschwister, es sind sogar Zwillinge, die sich kaum einmal trennen. Nur so ist es zu begreifen, daß es Menschen gibt, die mit gebrochenem Leib dennoch froh und gesund wirken. Nur so kann man verstehen, daß zwei Menschen eine Krankheit völlig verschieden erleben; der eine steht darüber, den anderen frißt sie auf. Und man versteht nun wohl auch, daß frohe Menschen oder aber Sauertöpfe das Klima im Betrieb bestimmen können – ganz gleich, an welchem Arbeitsplatz.

Empfehlung nicht nur für Gesunde:

Bring Freude in die Welt! Freude ist die Brücke zu uns selbst und zu anderen, und sie ist die Schwester der Gesundheit



Das kostbarste Gut eines Volkes sind seine Menschen, in deren Gedanken die Pläne entstehen, deren Hände die Werte schaffen und deren Herzen mutig genug sind, Gefahren auf sich zu nehmen, damit wir und unsere Kinder einer gesicherten Zukunft entgegengehen. Wir schulden ihnen Dank und jede erdenkliche Hilfe. HEINRICH LÜBKE

40 Hoesch AG Westfalenhütte

16. 7. 1966 Fritz Sellnow, Werkzeugausgeber
MA / Profilwalzwerke I

29. 7. 1966 Bernhard Graf, Dreher
Elektrotechnische Abteilung

Hoesch AG Bergbau

12. 5. 1966 Meinhard Reinke, Hauer
Schachanlage Emil

1. 7. 1966 Friedrich Lebert, Hauer
Schachanlage Emil

2. 7. 1966 Heinrich Bockhold, Lehrhauer
Schachanlage Emil

6. 7. 1966 Rudolf Petschulat, Schlosser
Schachanlage Emil

7. 7. 1966 Georg Knöffel, Hauer
Schachanlage Fritz

12. 7. 1966 Franz Börger, Schrankenwärter
Schachanlage Radbod

14. 7. 1966 Gerhard Krause, Hilfszimmerhauer
Schachanlage Fritz

15. 7. 1966 Ferdinand Bracke, Oberhelzer
Schachanlage Emil

15. 7. 1966 Franz Ehlert, Lokführer
Schachanlage Emil

16. 7. 1966 Paul Gleibs, Lehrhauer
Schachanlage Emil

27. 7. 1966 Franz Koch, Hauer
Fürst Leopold-Baldur

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

4. 7. 1966 Gerda Jaxtheimer, kaufm. Angestellte
Verkauf Federstahl

6. 7. 1966 Karl Wetekam, Federnrichter
Federnwerk

16. 7. 1966 Fritz Funke, Vorarbeiter
Kaltprofilwerk

25 Hoesch AG Westfalenhütte

16. 7. 1966 Albert Michael, Erzzubringemaschinist
Hochofen

26. 7. 1966 Emil Koppe, Leitstellenmann
Stahlwerk III

Hoesch AG Bergbau

12. 3. 1966 Heinrich Bechtel, Hauer
Fürst Leopold-Baldur

15. 5. 1966 Bernhard Scheidsteger, Maschinenhauer
Schachanlage Radbod

2. 6. 1966 Hugo Plock, Hauer
Schachanlage Fritz

6. 6. 1966 Alfred Splitt, Hauer
Schachanlage Radbod

16. 6. 1966 Willy Warda, Hauer
Schachanlage Radbod

1. 7. 1966 Dr. Siegfried Osborg, Kokerei-Inspektor
Kokerei Kaiserstuhl

1. 7. 1966 Karl Schreiber, Laborarbeiter
Energiebetrieb Radbod

1. 7. 1966 Dr. Gustav Wilde, Bergwerksdirektor
Fürst Leopold-Baldur

8. 7. 1966 Ewald Prangemeier, Hauer
Schachanlage Kaiserstuhl

24. 7. 1966 Eduard Lieber, Elektrohauer
Schachanlage Fritz

25. 7. 1966 Heinz Friedrich, Hauer
Fürst Leopold-Baldur

25. 7. 1966 Johann Neumann, Anschläger
Fürst Leopold-Baldur

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

14. 7. 1966 Max Kleinke, Schmied
Kaltwalzwerk

Schmiedag AG

4. 7. 1966 Peter Lizzi, Kraftfahrer
Werk Grüntal

9. 7. 1966 Mathilde Lettau, Raumpflegerin
Werk Grüntal

14. 7. 1966 Karl Soemer, Personalleiter Hv.
Werk Grüntal

Maschinenfabrik Deutschland AG

1. 7. 1966 Erich Jaspert, Schlosser
Allgem. Maschinenbau

8. 7. 1966 Helmut Schröder, Kolonnenführer
Abstecherei

Insel unterm Wind

Unser Leben lang, unser gestörtes, unruhevolles, geängstigtes Leben lang sehnen wir uns nach der Insel unterm Wind, wo die Stürme der Weltgeschichte nicht blasen und höchstens eine sanfte Privatbrise unseren Scheitel ein bißchen durcheinanderbringt.

So weitab liegt diese windstille Insel von den großen Schifffahrtslinien, daß keiner von den Frachtern der Reederei Historia jemals anlegt, um zu löschen oder zu laden. Nicht einmal als Nachricht streift die Tiefe der Weltpolitik die glückliche Insel. Die Insulaner hören und sehen nichts von kalten und heißen Kriegen, niemand stört sie bei der Arbeit, beim Spiel mit ihren Kindern und beim Liegen in der Sonne.

Unsere törichte Sehnsucht nach der Insel unterm Wind dauert genausolange wie unser Leben, denn wir bekommen sie nicht.

Vielleicht liegt es an uns?

Da liegt im Mittelländischen Meer die Insel Elba. Und weit draußen im Atlantischen Ozean, in ganz sicherem Abstand, die Insel Sankt Helena. Dort war



einmal ein kleiner, ziemlich dicker Mann, einer von denen, die das Kriegsführen verstanden. Als er es lange genug praktiziert hatte, gab man ihm zuerst die eine Insel. Aber es gefiel ihm da nicht, er kam zurück, es ließ ihm keine Ruhe, er mußte das Feuer wieder anblasen unter den großen Töpfen, damit das Essen wieder anbrennen konnte. Und dann kam er auf die andere Insel. Das Leben des Mannes auf den Inseln nannte man Verbannung. Welch ein Wort! Sollte man mich eines Tages nach der Insel Elba oder Sankt Helena verbannen, was man aber nicht tut, da ich keine Verdienste aufzuweisen habe – ich käme nicht zurück, das ist sicher und gewiß! Ich würde für den Rest meines Lebens am Strand spazierengehen, im Meer baden, mit Fischern sprechen, Apfelsinen pflanzen oder neuseeländischen Flachs, je nachdem, und schreiben, was mir einfiele. Das schickte ich dann über See, und von Zeit zu Zeit käme der Geldbriefträger.

Um aber dem Einwand zu begegnen, die Inseln seien viel zu knapp, will ich hinzufügen: Es muß ja nicht eine richtige Insel sein, obgleich eine solche natürlich am schönsten wäre. Ein Dorf im Binnenland täte es auch; die Insel, die wir meinen, könnte auch in einem Kreisstädtchen liegen, sogar mitten in einer großen Stadt. Wenn sie nur das wichtigste Merkmal hätte: daß man uns in Ruhe ließe, dann würden wir erleichtert aufatmen: Gottlob, nun sind wir endlich verbannt.

Helmut Holthaus

Alte Knaben

Jüngeren erscheinen die alten Knaben im Silberhaar als würdige Senioren. Aber wartet nur ein Jahrzehntchen oder zwei. Dann werdet ihr selbst vielleicht soweit sein, daß ihr euch zur Ruhe setzen könntet, ohne daß ihr viel davon gemerkt habt, älter geworden zu sein. Jeden Tag wird man um einen Tag älter, und die Tage summieren sich. Und ehe man sich's versieht, rückt man ins pensionsfähige Alter vor. Nicht jeder freilich legt nun die Arbeit hin und geht nur noch spazieren. Ich kenne Ärzte, die noch mit Achtzig praktizieren. Schriftsteller kommen oft erst in reiferen Jahren dazu, ihr eigentliches Lebenswerk zu schreiben. Jean-Henry Fabre war über Fünfzig, als er den ersten der zehn Bände seiner „Souvenirs entomologiques“ begann, und Theodor Fontane hatte schon

weiße Haare, als er zu seinen Romanen kam. Politiker treten manchmal erst in einem Alter hervor, in dem sie als Beamte schon pensioniert worden wären. Die Körperkräfte und die schnelle Erfassung der Situation sind bei den Zwanzigjährigen gestrafter als bei den Dreißigjährigen, die als Fußballspieler nun schon alte Herren werden. Aber ein Vierzjähriger kann ein besserer Segler sein und ein Fünfjähriger so gut im Sattel sitzen wie je. Auch gibt es Schwimmer, die noch mit Sechzig jeden Fünfzehnjährigen einholen. Der Siebzjährige allerdings kann sich nicht mehr so viel zumuten. Aber dafür hat er mehr Muße, den Liebhabereien nachzugehen, für die er früher nicht genug Zeit fand. Die Lebenserfahrung und Möglichkeit zum Vergleichen wie ein Achtzjähriger hat er freilich noch nicht ganz erreicht. Und schließlich kenne ich auch einen Neunzjährigen, der jeden Nachmittag drei Stunden am Seeufer wandert. Wenn junge Leute auf ältere etwas mitteilend herabsehen zu können glauben, so liegt das daran, daß jede Generation nur von sich aus urteilen kann. Dem Schüler kommt der Lehrer, bei dem sich die ersten grauen Haare an den Schläfen zeigen, wie ein Greis vor. Ein paar Jahrzehnte mehr oder weniger, das macht für ihn keinen Unterschied. Es hat keinen Zweck, sich zu bemühen, um jeden Preis jünger zu erscheinen, als man ist. Gewisse Folgen der Abnutzung stellen sich ein, ob man sich nun die Haare färbt oder nicht. Viele werden ein wenig steifer in den Hüften und stützen sich beim Gehen auf einen Stock. Mit diesem Stock lassen sich indessen auch Figuren in den Sand zeichnen. Ein kleineres Stöckchen eignet sich vorzüglich dazu, daß der freudig bereite Hund es apportiert. Alte Knaben treffen sich gern auf einer Bank im Park und kommentieren das Zeitgeschehen. Die Standesunterschiede sind bei ihnen längst unwichtig geworden. Der Ehrgeiz ist abgelegt. Man hat seine Rente, sein Auskommen. Aber die verschiedenen Blickwinkel sind geblieben, und der Abstand zu den Vorkommnissen ist groß genug, daß ihre Wichtigkeit oder Belanglosigkeit beleuchtet werden kann. Und dies eben macht die Weisheit des Alters aus. Aber der eine spielt außerdem noch Geige in einem Quartett, der zweite sammelt antike Münzen, der dritte hat eine Kanarien-Hecke, der vierte unternimmt in jedem Jahr eine weite Reise, mal nach Grönland, mal nach Ceylon, und er hat noch viele Pläne bis zum Fünfundachtzigsten. Wer sich im Alter überflüssig vorkommt, war wohl auch vorher nicht sehr ideenreich. Warum sollte den alten Knaben weniger einfallen als den jungen?

Richard Gerlach

So wurden die Ferien „erfunden“

Das Wort „Ferien“ stammt aus der lateinischen Sprache. Vor mehr als 2000 Jahren verstand man im alten Rom unter dem Begriff „feriae“ jenen Jahresabschnitt, in dem die Geschäfte, Büros und Behörden für einige Zeit geschlossen wurden. Wir können in Dokumenten des klassischen Altertums nachlesen, daß Ferienanspruch und Ferienordnung sogar schon gesetzlich geregelt waren, insofern ist unsere Zeit gar nicht so modern, es ist eben alles schon dagewesen. Auch kam es früher vielfach zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Während Geschäftsleute und Behörden es vorzogen, während der in Italien glühend heißen Sommerwochen Ferien zu machen, waren die Angestellten darüber wenig begeistert. Sie hätten lieber im Herbst ihren Urlaub verbracht, wenn die Hitze erträglicher war.

Diese gegensätzlichen Meinungen zwischen den Sozialpartnern hörten auf, als sich das römische Weltreich weit über Italien hinaus namentlich nach Norden entwickelte. Dort war die Sommerwärme nur mäßig, das Wetter im allgemeinen frischer und gesunder, außerdem entdeckte man heilkräftige Bäder, die es im Mittelmeerraum nicht gab. So wurde es damals, im umgekehrten Sinne von heute, große Mode, die Ferien nördlich der Alpen und Pyrenäen zu verbringen. Es sind heute noch Reste der Fernstraßen von Italien nach der Schweiz, Österreich, Frankreich und Deutschland vorhanden, die nicht nur als Rollbahn der römischen Legionen dienten, sondern auch für den Touristenverkehr angelegt worden waren.

Man reiste übrigens in jener Zeit gar nicht so primitiv, wie wir vielfach glauben, sondern die weiten Entfernungen wurden in großen, mit Pferden bespannten „Omnibussen“ zurückgelegt, wobei es ähnlich wie bei den Postkutschen des Mittelalters alle 200 bis 300 Kilometer Ablösestationen für die Pferde gab. Die Omnibusse waren tadellos gefedert, enthielten sogar Schlafkabinen und beförderten jeweils 30 bis 50 Personen.

Die alten Römer waren aber nicht nur die Begründer des Reise- und Ferienverkehrs, sondern auch die „Entdecker“ der bedeutendsten unserer Kurorte und Bäder. Die von den gallischen und germanischen Feldzügen in ihre Heimat zurückkehrenden Legionäre berichteten von der landschaftlichen Pracht der Länder jenseits der Alpen. Die dort ansässigen Volksstämme hatten ihnen heilkräftige Quellen gezeigt, die inmitten der Urwälder sprudelten. Man brauchte die Römer nicht erst zu überzeugen, daß Wasser gesundheitlichen Wert besitzen kann, benutzten sie doch selbst wie auch die alten Griechen das Meerwasser zu Heilzwecken, wie wir aus erhalten gebliebenen Kuranweisungen wissen. Das angenehme Sommerklima war ein weiterer Grund, die Gesundheitsbrunnen nördlich der Alpen zu erschließen, wozu namhafte Schriftsteller Roms beitrugen, da sie in ihren Werken näher auf die medizinischen Werte der Quellen eingingen. Als Mittelpunkt des altrömischen Reise-, Ferien- und Bäderverkehrs galten die West- und Ostschweiz, Südfrankreich, der Rhein, die Saar, Mosel, der Neckar, die Donau, Oberbayern und Österreich. Überall finden wir in diesen Gebieten Überreste altrömischer Erholungs- und Kurheime, die zum Teil Grundstein der heutigen internationalen Bäder geworden sind.

Almut Lammert



1



3



4



Fotowettbewerb

Unser Juni-Thema: „Hund und Katze“

- | | | |
|---|---------------------|------------------------|
| 1 | Manfred Rindfleisch | Walzwerke Hohenlimburg |
| 2 | G. Schnitzer | Hoesch AG Bergbau |
| 3 | Wilhelm Bertram | Schmiedag AG |
| 4 | Ernst Grönke | Hoesch AG |

Für den WERK UND WIR-Fotowettbewerb bitten wir unsere Leser, bis zum 3. Juli Aufnahmen zu dem Thema „Unser Verein“ und bis zum 3. August zu dem Thema „Am Gartenzaun“ einzusenden.



2